

Kairos Simbabwe (1998) Vorwort

Die Stunde der Wahrheit ist gekommen. Jetzt ist für Christen in Simbabwe die Zeit für sorgfältiges Nachdenken und für entschiedenes Handeln gekommen. Die Christen haben als Gemeinschaft schon viel für unser geliebtes Land getan. Doch es ist noch mehr zu tun. Jetzt ist unser Kairos. Unsere Geschichte lehrt uns: ein gemeinsamer Einsatz für eine gerechte Sache, gemeinsames Angehen von Gefahren, wenn wir intelligent und praktisch handeln, können wir positive Veränderungen in Gottes Welt herbeiführen. 1985 hatte die Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit in Südafrika durch die Apartheid ihren Höhepunkt erreicht. Zur gleichen Zeit wuchs der Widerstand innerhalb und außerhalb des Landes. In der Folge ihres theologischen Nachdenkens riefen Christen im Befreiungskampf ihre Kirchen auf, sich eindeutig für den Widerstand und für Solidarität zu entscheiden. Das half, die weltweiten Antiapartheid-Bündnisse zu stärken. Ihren Aufruf nannten sie ein KAIROS - Dokument. KAIROS ist ein griechisches Wort, das in der Bibel die Gelegenheit zu Buße und einem Wandel des Herzens bezeichnet, für einen Wandel und für entschiedenes Handeln zusammen mit den Unterdrückten in einer Krisenzeit oder wenn die Wahrheit nicht länger verschwiegen werden darf. Die Bekehrung von Saulus zu Paulus auf dem Weg nach Damaskus, als er von der Verfolgung abließ und mitbaute an der messianischen Gemeinschaft von Frieden und Gerechtigkeit, war ein KAIROS. Unsere Verpflichtung und unser Glaube in Christus wird uns dazu führen, unsere Krise anzusprechen. Seit der Unabhängigkeit haben die Christen hier zu einem Heilungsprozeß für die physischen, materiellen und sozialen Wunden unserer Nation beigetragen. Sie haben geholfen, Übel zu beseitigen und Unausgewogenheiten zurechtzubringen. Wir haben dies mit Gottes Hilfe getan. Unsere Gebete wurden erhört. Aber es gibt noch mehr zu tun. Wir dürfen diesen KAIROS nicht ungenutzt verstreichen lassen. Wie die Propheten in alten Zeiten und bis heute müssen wir uns aufrichtig mit uns selbst befassen und offen aussprechen, welcher Wandel vonnöten ist, damit allen unter Gottes Liebe stehenden Menschen in diesem Land Gerechtigkeit widerfährt. Wir können die schmerzliche Realität unserer gegenwärtigen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Situation sehen. Wir können unsere Stärken und unser Potential sehen. Wir können unsere Schwächen und mangelnde Courage sehen. Es ist weiterhin dringend erforderlich, für wirtschaftliche Gerechtigkeit und Landverteilung einzustehen. Wir sehen die Verbreitung von HIV/AIDS, woran jede Woche durchschnittlich 700 Landsleute sterben. Wir sehen Korruption, den Zerfall von Familienstrukturen und die Zerstörung der Umwelt. Auf unserem Weg in das Erlaßjahr 2000 gedenken wir Jesu Christi, des eingeborenen Sohnes Gottes. In unseren gemeinsamen Bemühungen lassen wir uns von seinem durch prophetisches Handeln geleiteten Engagement in seinem Leben und seiner Zeit inspirieren. Er ist bei uns. Er ist unsere Inspiration und unser Leben. Er ruft uns auf, das Licht der Welt und das Salz der Erde zu sein. Wir sind aufgerufen, die Wahrheit zu suchen und ihr entsprechend zu handeln. So ist für uns der Augenblick für prophetisches Handeln gekommen, unsere Stunde der Wahrheit. Wir müssen in dieser Zeit und für diesen Fleck Erde handeln, den wir stolz Simbabwe nennen. Wir müssen unmittelbar handeln, damit die begründeten Erwartungen und Hoffnungen, die mit der Unabhängigkeit erwachsen, in diesem Land nicht enttäuscht werden; einem Land, das aus dem Einsatz und dem Leiden unseres Volkes geboren wurde. Das ist der KAIROS. Simbabwe ist in eine politische, wirtschaftliche und vor allem auch moralische Krise gestürzt, die die Grundlagen des

Landes erschüttert. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Krise erst begonnen hat, daß sie sich vertiefen und noch bedrohlicher werden wird in den vor uns liegenden Monaten. Ende 1996 trafen sich mehr als fünfzig Christen, Frauen und Männer, Laien und Geistliche, um gemeinsam zu überlegen und zu beten, und um unsere staatliche Gemeinschaft kritisch zu analysieren und zu beurteilen. Wir tauschten unsere Sichtweisen aus und hielten unsere Erfahrungen, unsere Anliegen und Hoffnungen für Simbabwe fest. Wir gelobten, uns für einen weitergehenden Wandel einzusetzen. An verschiedenen Orten und in verschiedenen Umständen haben wir uns zu Reflexion, Studium und der Vertiefung unseres Verständnisses der theologische Implikationen unserer Zeit zusammengefunden. Jetzt rufen wir alle Christen auf, alle, denen unsere Nation und darüber hinaus die ganze Menschheit am Herzen liegt, sich anlässlich dieses KAIROS zusammenzuschließen. Das vorliegende Dokument ist ein christlicher, biblischer und theologischer Kommentar zur Krise von Simbabwe heute. Es ist ein Versuch nachzudenken und zu handeln mit Blick auf Armut, Krankheit, schlechte Regierungsführung, Korruption, Angst und Hoffnungslosigkeit, die wir ertragen müssen. Dieses Dokument ist ebenso eine Kritik der gegenwärtigen theologischen und kirchlichen Modelle, die die Art und Weise bestimmen, mit der die Kirche angesichts der Probleme des Landes reagiert. Es ist ein Versuch, mitten in dieser bedrängenden Situation ein alternatives biblisches und theologisches Modell zu entwickeln, das zu neuen Formen des Handelns führt die einen neuen und entscheidenden Einfluß auf die künftige Entwicklung unseres geliebten Landes nehmen. Wir rufen Sie auf, dieses Dokument als Ausgangspunkt für Diskussionen und Überlegungen zu nutzen. Wir rufen Sie auf, sich diesem bevorstehenden prophetischen Handeln anzuschließen, ohne das es keine gerechte und friedvolle Zukunft für uns geben wird.

Harare, Oktober 1998

I. REGIERUNGSFÜHRUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

1. Einleitung

Mann und Frau wurden nach Gottes Ebenbild geschaffen. Nach vollendeter Schöpfung schaute Gott auf sie und befand, daß sie würdige und wertvolle Geschöpfe seien. Die Israeliten wurden auserwählt, ihre Schreie in der Sklaverei wurden erhört und sie wurden befreit, damit sie ein Volk bildeten, das nach den Grundsätzen Jahwes in den Zehn Geboten und den sich aus diesen Geboten herleitenden Gesetzen regiert wird. Sie konnten ungehindert zu ihrem Gott beten. Über Jahrhunderte haben sie Leiden und das Exil erfahren. Und doch hörten sie nicht auf, ihre Hoffnung und ihr Vertrauen auf Jahwe zu setzen. Als Christus auf Erden war gab es im jüdischen Volk keine Trennung zwischen ziviler und religiöser Regierung. Die Führenden, die Schriftgelehrten und Pharisäer, die Tempelleute regierten unter der Oberherrschaft des Römischen Kaiserreichs und waren von den Kolonialherren kooptiert. Die Beherrschten in der Kolonie hatten darunter zu leiden. Für die Mehrheit der Menschen war das jüdische Gesetz zu einer unerträglichen Last geworden. Anstatt Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Solidarität zu stärken und zu fördern, machte sich die herrschende zivile und religiöse Elite das Gesetz zu ihrem eigenen Vorteil zunutze. Jesus verurteilte die Führer seiner Zeit wegen ihrer Scheinheiligkeit (Mt 23), aber er schaffte das religiöse Gesetz nicht ab. Er erfüllte es (Mt 5,6). "Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben, Leben im Überfluß". (Joh 10,10b). Unter einer Regierungsführung im Sinne von Christus gibt es Vergebung

und Gerechtigkeit um ein erfülltes und friedvolles Leben führen zu können. Um eine solche "good governance" (gute Regierungsführung) auszuüben, bedarf es leitender Persönlichkeiten, die selbstlos darauf bedacht sind, ihrem Volk ein Leben in Fülle zu ermöglichen. Sie müssen bereit sein, Opfer zu bringen und Leiden auf sich zu nehmen, und sie müssen das Wohl der Gemeinschaft vor ihre eigenen Interessen stellen. Sie müssen ihre Führungsposition durch ihr eigenes Vorbild untermauern und nicht einfach durch Erlasse. Aufrechte und gerechte Führungspersönlichkeiten werden die Achtung und die Treue ihres Volkes gewinnen. Gemeinsam wird man sich des Reichtums der Schöpfung erfreuen. Jeder wird die Würde des anderen wertschätzen und hochhalten – vor dem Gesetz und vor Gott. Regierungshandeln sollte deshalb in Recht und Gerechtigkeit eine Widerspiegelung und ein Zeugnis von Jesus Christus sein.

2. Good Governance

Unter "good governance" versteht man den gerechten, fairen und wirksamen Umgang mit Macht von Seiten der Regierung im Auftrag des Volkes. Dazu ist es erforderlich, daß die Machtbefugnisse im Interesse des Volkes geteilt werden, wobei Bürger aus den verschiedensten Schichten an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen sind. In einem System von "good governance" haben die Menschen und die Führungspersönlichkeiten Vertrauen in einander und Achtung vor einander. In einem System von "bad governance" sind die Menschen den Führern unterworfen und werden von ihnen als Untergebene behandelt. Die Leitungspersonen einer „good governance“ werden gewählt, damit sie dienen, nicht um zu dominieren. Christus lehrt uns, daß die an der Spitze Stehenden die Diener aller sein müssen (Mk 10,41-45). Wenn wir eine Regierung wählen, bestimmen wir Leute, von denen wir annehmen, daß sie die von uns gewollte Politik und unsere Vorstellungen umsetzen von einem guten Regierungshandeln gegenüber jedermann - und nicht nur gegenüber einer Elite. Die Regierung bezieht ihre Legitimation vom Volk und ist dem Volk und Gott gegenüber verantwortlich – sie muß Gottes Gesetze und die Menschenrechte achten. Good governance möchte Versöhnung und Harmonie zwischen Menschen verschiedener ethnischer, rassischer und religiöser Herkunft stiften. Sie zielt auf eine gerechte Teilhabe an Ressourcen und Macht ab. Sie respektiert und unterstützt die Menschenrechte. Dieses demokratische Grundgerüst scheint im heutigen Simbabwe verlorengegangen. Das uns 1990 auferlegte wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramm (Economic Structural Adjustment Programme, ESAP) hat in Simbabwe die der Regierung zur Verfügung stehenden Mittel für die Finanzierung des Gesundheits-, Erziehungs und Sozialsektors zu lasten der verwundbarsten und bedürftigsten Bevölkerungsteile drastisch vermindert. Dennoch hält unsere Regierung vorrangig an einem extrem umfang- reichen Kabinett fest. Etwa 15% des gegenwärtigen Landeshaushalts ist für Gehälter der Staatsführung bestimmt. Die Regierung unterhält einen riesigen Verteidigungs- und Sicherheitsapparat - und das in vergleichsweise friedlichen Zeiten. Sie verteilt den Reichtum des Landes nicht gerecht und bevorzugt die Wohlhabenden. Gesundheit und Bildung, - unsere wichtigsten Anliegen, als wir in den Wahlen von 1980 die ZANU-PF an die Macht brachten, sollte für alle kostenlos zugänglich sein. Heute sind diese beiden Ressorts gewaltig unterfinanziert und ihre Wirksamkeit ernsthaft beschnitten. Im Ergebnis muß unser Volk leiden. Alle - mit Ausnahme einer reichen Elite, empfinden die Kosten für Bildung und Gesundheit als schwere Last. Das Land ist nach 18 Jahren immer noch nicht gerecht verteilt worden. Tausende von Hektar wurden von der Regierung konfisziert und an einflußreiche Minister und Offizielle

verteilt, während die Bauern auf dem Gemeinschaftsland kaum ihr Existenzminimum erwirtschaften können. Die Würde und das Wohlergehen der Menschen bleiben auf der Strecke. Als Christen glauben wir, daß alle Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind. Wir können nicht hinnehmen, daß immer mehr Menschen sich gezwungen sehen, unter unmenschlichen, würdelosen Bedingungen zu leben. Ebenso wenig können wir Korruption, falsche Einflußnahme oder Machtmißbrauch hinnehmen, die sich in unserer Mitte so ausgebreitet haben. Wir dürfen uns nicht von unserer Erwartung abbringen lassen, daß öffentliche Angelegenheiten auch öffentlich behandelt werden, ehrenhaft und aufrichtig. Die zuständigen Personen sind dem Volk und dem Gesetz gegenüber verantwortlich. Die Stimme der Menschen muß bei Entscheidungsprozessen und in nationalen Debatten Gehör finden. Wir Simbabwer sind in den vergangenen 18 Jahren geduldig gewesen bis hin zur Passivität. Zugleich trampeln unsere politischen Führer weiterhin auf unserem Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen herum. Schließlich, als wir es nicht mehr ertragen konnten, demonstrierten die Armen, angeführt von Frauen und Kindern, gegen ungerechtfertigt hohe Lebensmittelpreise, die sie Hunger leiden ließen. Die Regierung antwortete mit Panzern und Kugeln gegen unbewaffnete Menschen. Massenhaft verbreitete sich anfangs 1998 Gewalt. Eine Anzahl von Bürgern starb, andere wurden verwundet, das Geschäftsleben wurde geschädigt. Die Wirtschaft verlor annähernd eine Milliarde Simbabwe-Dollar. Das internationale Ansehen unseres Landes wurde beeinträchtigt, weil ausländische Medien die Ereignisse als Bürgerkrieg bezeichneten. Kommissionen wurden eingesetzt, Ausschüsse berufen, Versprechungen gemacht, das Parlament ignoriert, ungerechte Steuern erhoben und die Simbabwer antworteten mit einer zweitägigen Arbeitsniederlegung. Das war ein massiver und zugleich friedlicher Ausdruck des Mißtrauens in die Führung des Landes. Mehr Auseinandersetzungen werden erwartet, wenn Preise und Löhne die Arbeiter und Bauern weiter in unvorstellbarer Armut halten und Gewerkschaften für einen auskömmlichen Lohn streiken. Diese wachsende Hoffnungslosigkeit und Zorn sind nicht neu. Unser Volk hat seinen Führern immer wieder gesagt, daß Regierung ohne Rechenschaft beendet werden muß, daß der Wandel tiefgehend sein muß und ernsthaft - oder sie würde den Zorn der Mehrheit zu spüren bekommen. Zum Beispiel wurde der Streik der Krankenschwestern und Ärzte Ende 1996 ausgelöst, weil Minister sich weigerten, sich berechnigte Beschwerden anzuhören und darüber zu diskutieren. Die Regierung beantwortete Gewerkschaftsforderungen durch Entlassung von Tausenden von Fachkräften und beauftragte dann ihre Bereitschaftspolizei, mit Tränengas und Schlagstöcken gegen Menschen vorzugehen, die sich friedlich und legal versammelten und demonstrierten. Jetzt haben wir so wenige Krankenschwestern, daß unser Gesundheitssystem völlig darniederliegt und wir Schwestern aus dem Ausland zu höheren Löhnen engagieren müssen, als unsere einheimischen Krankenschwestern verlangten. In der Zeit der Krise verschließen unsere Führer ihre Ohren vor den Schreien des Volkes und können keine verantwortliche Regierungsführung gewährleisten. Dialog, Diskussion und Respekt werden dort nicht die Oberhand gewinnen, wo Gewalt und Angst Zerstörung und Chaos auslösen. Doch wir als Volk müssen unsere Verantwortung ebenfalls wahrnehmen. In Zeiten des Mangels und des Überlebenskampfes fühlen wir uns ausgesperrt, ausgeschlossen vom Reichtum unseres Landes, den es immer noch gibt. Wir erfahren, daß und meinen, daß Individuen in herrschenden Partei den Lauf der Dinge auf ungerechte Weise zugunsten von selbstsüchtigen Interessen beeinflussen. Trotz starker Kontrolle der Medien lesen und hören wir von zunehmender Korruption auf allen Ebenen. Unsere Menschen sind entmutigt und verzweifelt. Sie sind niedergeschlagen und ängstlich. Sie reagieren zynisch und

apathisch auf Politik und neigen dazu, "die Politik den Politikern überlassen" und gestatten damit den Korrupten und Käuflichen noch mehr Reichtum anzuhäufen und Macht zu mißbrauchen. Wir müssen diese Einstellung ändern und uns von neuem in einem Dialog für den Wandel engagieren. Wir müssen der Entfaltung von "good governance" weiterhin verpflichtet bleiben. Wir müssen darauf bestehen, daß man unsere Stimme wahrnimmt, und zwar nicht durch untertänigen und falschen Jubel, wenn Führer mit einer großen Motorradeskorte vorbeifahren. Statt dessen müssen wir am Zustandekommen der „good governance“ uns beteiligen, nicht durch Wahlabstinz oder gedankenlose Stimmabgabe zugunsten einer einzigen Partei während der Wahlen, sondern durch aktive Beteiligung in der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß die Regierung eine bedrohungsfreie Atmosphäre schafft, in der Foren zur Information und Aufklärung geschaffen werden können, so daß Bürger in konstruktiver Weise auf allen Ebenen der Gesellschaft gegen ungerechte Strukturen ankämpfen können. Die Zivilgesellschaft muß Änderungen verlangen, die die Unausgewogenheiten des Wahlverfahrens und der Ausstattung der politischen Parteien berichtigen. Was die Öffentlichkeit sieht ist eine Partei, die unverhältnismäßig große finanzielle Unterstützung erhält, die elektronische und Print- Medien kontrolliert. Sie sieht Betrug bei Wählerregistrierung und Auszählverfahren, Zwang und Gewalt. Sie sieht eine Regierungspartei, deren Strukturen auf Machterhalt angelegt sind. Um der Wählerschaft durch die Wahlen wirklich sinnvolle Entscheidungen zu ermöglichen, muß ein Wandel herbeigeführt werden. Wir müssen Änderungen verlangen, so daß die Wähler verstehen können, daß die Zugehörigkeit zu einer Oppositionspartei oder die Stimmabgabe gegen einen ZANU-PF Kandidaten kein Akt der Unloyalität gegenüber Simbabwe ist oder eine Respektlosigkeit gegen jene Führer, die für die Befreiung von einem ebenso unterdrückerischen Regime gekämpft haben. Unsere Loyalität gilt unserem Vaterland, nicht einer einzigen politischen Kraft. Wir sind eine Demokratie, eine Mehr- Parteien- Demokratie und sollten unser demokratisches Wahlrecht sinnvoll ausüben können. Als Christen müssen wir uns unserer Verantwortung bewußt sein, in unserer Gesellschaft Führungsqualitäten und moralische Visionen voranzutreiben. Politik spielt in fast alle Aspekte unseres täglichen Lebens hinein, ebenso wie die Wirtschaft. Heute ist beides nicht mehr zu trennen. Ermutigung und Herausforderung der Leitung des Landes muß als grundlegende Verantwortung für das ganze Volk von Simbabwe akzeptiert werden. Gemeinsam müssen Regierung und Volk, dem sie dient, harmonisch zusammenarbeiten und ihre Aufgaben erfüllen. Nur so können wir danach streben, ein tatsächlich repräsentatives, demokratisches, pluralistisches und gerechtes System für Regierungshandeln aufzubauen. Mit der Unabhängigkeit im Jahre 1980 verband sich der große Wunsch nach Frieden, gepaart mit der nachvollziehbaren Angst vor einem wiederkehrenden Krieg. Es gab massive Destabilisierung durch das Apartheidsregime in Süd- afrika. Die Menschen haben sich deshalb mit schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen abgefunden, die sie sonst vielleicht kritisiert hätten. Der neuen, unabhängigen Regierung wurde inmitten der Destabilisierungsanstrengungen von außen Bewährungszeit zugestanden, in der Hoffnung, daß sie dann doch die Erwartungen der Menschen erfüllen möge, die sie gewählt hatten. Wir haben geduldig gewartet und waren doch zunehmend enttäuscht, als sich Befreiungshoffnungen als vergeblich erwiesen. Die Zeit unserer Toleranz geht aber nun zu Ende. Heute verlangen die Menschen einen echten Wandel zum Besseren. Sie verdienen eine gerechtere Gesellschaft mit mehr Chancengleichheit für alle Bürger.

3. Angst vor den Inhabern der Macht

Die Menschen in Simbabwe haben reale und andauernde Angst vor den Regierenden und ihrem Machtapparat. So fürchten wir uns, Regierungsangehörige infrage zu stellen und zu kritisieren, eigentlich ja ein Verfassungsrecht. Menschen fürchten sich jene zu kritisieren, die an der Macht sind: die Regierung, Amtsträger, Polizei, den Geheimdienst (Central Intelligence Organisation, CIO), besonders aber die Regierungspartei. Wir haben erlebt, wie Menschen mit dem Mut zu vernünftigen Fragen zu Fehlern, die die politische Machtelite begangen hat, verfolgt wurden, verschwunden sind, gefangengesetzt, brutal traktiert oder umgebracht wurden. Die meisten Leute haben zu Politikern, Beamten oder der einflußreichen Wirtschaftselite keinen oder nur sehr beschränkten Zugang. Der Grund dafür liegt teilweise in den bestehenden Strukturen und Verfahren im Regierungs- und Verwaltungsapparat und teilweise im sogenannten "Chef-Syndrom", das jene in Machtpositionen in einen gottähnlichen Status erhebt. So werden Staat und Gesellschaft daran gehindert, positiv mit einander umzugehen. Trotz aller anderen Belastungen ist unsere Gesellschaft auch noch von der Angst beherrscht. Zu viele haben Freunde oder Verwandte, die durch staatliche Organe Schaden erlitten haben, Menschen mit unaufgeklärten Unfällen, solche die verhaftet wurden, oder solche, die erfundene Gebühren zu begleichen hatten, oder die nach dem berüchtigten mitternächtlichen Klopfen an der Tür Schlimmes mitmachen mußten. Wir können uns nicht auf eine bessere Gesellschaft zubewegen, wenn wir Angst haben vor den Folgen unserer Kritik oder einem friedlichen Protest gegen Ungerechtigkeit und Inkompetenz. „Fürchte dich nicht, denn ich bin mit dir.“ (Jes. 41, 10) Wir erkennen, wie oft wir hier versagen. Wir erkennen auch das Versagen jener in der Kirche, die sich fürchten, dem Auftrag des Evangeliums zu folgen. Während einige Kirchen nicht müde wurden, vor und nach der Unabhängigkeit, Ungerechtigkeiten anzuprangern, haben es andere unterlassen, ihre Mitglieder auf den Machtmißbrauch der Verantwortlichen hinzuweisen und haben sie nicht bei der Förderung von Gerechtigkeit und Frieden mitwirken lassen. In diesem Sinne sind die Kirchen für die Angst vor Machthabern, die unser Volk beherrscht, mitverantwortlich. Kirchen müssen die Menschen dahingehend befähigen und unterstützen, daß sie das notwendige Selbstvertrauen aufbringen, die Führungspersönlichkeiten und Entscheidungsträger für ihre Taten verantwortlich zu machen. Die einzelnen Pfarrer, Priester und Laienführer müssen in ihren Gemeinden in den Predigten die Themen Gerechtigkeit, Politik und Wirtschaft aufgreifen, ebenso in Zusammenkünften und Bibelgruppen. Besonders Bischöfe und Kirchenführer müssen den Mut aufbringen, die öffentlichen Amtsträger auch kritisch anzufragen. Mehr als andere müssen sie die Anliegen von Gerechtigkeit und Wahrheit in ihrem eigenen Bereich auf die Tagesordnung setzen, sind diese doch die ureigenste Botschaft des Evangeliums. Zu oft akzeptieren sie eine unhinterfragte Ausübung von Macht.

4. Mangelnde Rechenschaft und Transparenz

Die Regierung existiert nicht um ihrer selbst willen. Sie ist für das Volk da und hat ihre Macht vom Volk. Sie schuldet der Wählerschaft umfangreiche Rechenschaftslegung. Das jetzige System in Simbabwe stellt nicht sicher, daß die Regierung der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Es gibt so gute wie keine demokratische Beratung und Transparenz von Seiten der Regierung. Das führt zu Korruption und zu unangemessenem Einfluß und Macht für die Inhaber von Führungspositionen. Es gibt nur unzureichende Kontrollmechanismen für Exekutive,

Parlament und Justiz, die so gestaltet sind, daß keine von der anderen überstimmt werden kann und jede ihre klar definierte Rolle hat, auf die andere keinen Einfluß nehmen können. Zu oft werden Entscheidungen auf undurchsichtige Weise gefällt. Das macht es für uns fast unmöglich, die Überlegungen hinter vielen Gesetzen und Vorschriften zu kennen, unter denen wir leben müssen. Dafür gibt es in jüngster Zeit zahlreiche Beispiele. Darunter das Abkommen über den Bau des Thermalkraftwerks Hwange, der an Malaysia ohne konkretes Angebot vergeben wurde; die Vergabe der Mobilfunklizenzen, bei der die Unabhängigkeit der Gerichte unterminiert wurde; die Vergabe von Regierungsverträgen ohne erforderliche Ausschreibung; die Entlassung von Beamten, die gesetzestreu handelten und dabei Politikern im Wege waren; und die Auftragsvergabe zum Bau des neuen internationalen Flughafens in Harare, bei der Vetternwirtschaft Pate stand. Steuern und Abgaben werden unter direkter Verletzung elementarer Grundsätze der Demokratie erhoben. Steuergesetzgebung und andere politische Entscheidungen werden ohne ausreichende Legitimation getroffen. Das Parlament muß viele Entscheidungen von Exekutive und Kabinett ohne Fragen und Diskussion absegnen: die Dürre-Abgaben wurde erhoben, ohne daß die Öffentlichkeit vorbereitet oder informiert worden wäre. Steuern zur Finanzierung der gewiß berechtigten Pensionen für Kriegsveteranen wurden von einer Regierung eingeführt, die wußte, daß den überbelasteten Steuerzahlern noch weitere Abgaben abverlangt würden; andere Steuern mußten außer Kraft gesetzt werden, wenn ein normalerweise passives Parlament und die Regierungspartei einmal gegen Kabinettswillkür aufbegehrt. Kein Zufall, daß die Bürger Simbabwe weltweit zu den höchstbesteuerten gehören. Die teuren Auslandsreisen des Präsidenten und sein Mißbrauch der staatlichen Luftverkehrsgesellschaft werden angesichts von deren bevorstehender Privatisierung als blanker Zynismus verstanden. Andere Minister fahren Autos im Wert von Millionen von Simbabwe-Dollars auf Rechnung des Steuerzahlers. Sie verfügen über luxuriöse Wohnungen, für die sie beträchtliche Mietentschädigungen erhalten. Die Gesetz zu den "Official Secrets" (Staatsgeheimnisse) und für „Recht und Ordnung“ sind wenig verändert worden seit ihrer Inkraftsetzung durch das rassistische Smith-Regime, gegen das gegen das unsere Leute so tapfer kämpften. Diese Kniffe bleiben heute so unterdrückerisch wie damals. Tatsächlich soll das berüchtigte Gesetz für Recht und Ordnung in das Gesetz für öffentliche Ordnung und Sicherheit, ein mindestens genauso drakonisches Gesetzeswerk, das die bürgerlichen Freiheiten schwächt. Andere Gesetze, wie das über die Universität von Simbabwe (1990), zu Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (1992) und zu privaten Freiwilligenorganisationen (1997) sind dazu angetan, das Handeln der Regierung mit dem Schleier des Mysteriösen zu umgeben. Die kontroversen Notverordnungsrechte des Präsidenten schufen 1987 eine Ein-Mann-Diktatur. Der Präsident hat das uneingeschränkte Recht, das Parlament aufzulösen, wenn dieses gegen ihn ein Mißtrauensvotum beschließt. Dies hat zu einer Aufhebung der für eine „good governance“ erforderlichen Gewaltenteilung geführt und die Rolle des Parlamentes außerordentlich geschwächt. Damit Demokratie auch funktioniert benötigen die Bürger freien Zugang zu Information. Das bedeutet freie Presse und Meinungsfreiheit. In Simbabwe werden die Hauptquellen der Information - Tageszeitungen, Radio und Fernsehen - von der Regierung kontrolliert. Obwohl wir Elemente einer lebendigen unabhängigen Presse erleben, beschränken sich diese auf Bildungseliten in städtischen Bereichen. Das Radio, das 100 Prozent unserer Menschen in den jeweiligen Landessprachen erreichen kann, gleich ob sie lesen können oder nicht, steht vollständig unter Staatskontrolle. Das bedeutet, daß wenig geschieht, um einfache Menschen zu informieren und zu aktivieren auf dem Weg zu

einer öffentlichen lebendigen Debatte, zu sorgfältiger Prüfung des Regierungshandelns und zu informierten Alternativen. Ohne freie Presse, ohne das Recht auf Freiheit der Versammlung und Diskussion bleibt Demokratie bloßer Schein. Die öffentlichen Amtsträger müssen sich dem Volk gegenüber für getroffene Fehlentscheidungen verantworten. Es ist kein Zeichen von Schwäche, wenn man sich öffentlich für Irrtümer entschuldigt und die Konsequenzen dafür trägt. Man muß zu seinen Fehlern stehen und sie korrigieren. Irrtümer müssen eingestanden und korrigiert werden. Ungerechtigkeiten müssen zugegeben und Wiedergutmachung geleistet werden, damit ein Heilungsprozeß stattfinden kann. Öffentliche Mittel und Ressourcen gehören dem Volk. Sie dürfen nicht vergeudet, sondern müssen für zukünftige Generationen bewahrt und geschützt werden. Diejenigen, die sie verwalten, sind dem Staat und dem Gesetz gegenüber rechenschaftspflichtig. In allen Schichten unserer Gesellschaft sollte Integrität und harte Arbeit einen hohen Stellenwert besitzen. Gier und Korruption müssen ausgerottet werden. Wir dürfen nie vergessen, daß politische Führer zum Dienst und nicht zu willkürlicher Herrschaft berufen sind.

5. Demokratische Beratung

Eine gute demokratische Regierungsführung verlangt Beratungsprozesse mit der gesamten Bevölkerung. Es sollten klare Mechanismen eingeführt werden, damit die Stimmen von der Basis gehört und von den Entscheidungsträgern zur Kenntnis genommen werden. Abgeordnete stehen in der Pflicht, die Ansichten ihrer Wählerschaft bei der Regierung zu Gehör zu bringen und die schließlich getroffenen Entscheidungen an ihre Wählerschaft zurückzuvermitteln. Sie sind es, die sich der Menschen annehmen sollten, die die Kluft zwischen Staat und Bevölkerung überbrücken müssen. Sie müssen ein Umfeld schaffen, das Absprachen und Dialog fördert – ein Klima, das sicherstellt, daß die Regierung mit Zivilgesellschaft, mit der Gemeinschaft und mit kirchlichen Organisationen über Probleme und Anliegen ihrer Mitglieder spricht. Die Menschen von Simbabwe sind Bürger und keine Untergebenen. Wenn sie an Beratungsprozessen nicht teilnehmen können, werden sie sich von der Regierungspolitik distanzieren. Wenn sie niedergedrückt sind und gebeugt von Schwierigkeiten und Sorgen, da schüttet Er Verachtung auf die Fürsten und läßt sie irren in der Wüste, wo kein Weg ist, doch Er schützt die Armen und Bedürftigen und hütet ihre Familien wie eine Herde (Psalm 107, 39-42). Alarmierende Beispiele für fehlende Beratungsprozesse sind die fehlerhafte Formulierung und Durchführung des Wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramms (ESAP), die staatliche Sozialhilfebehörde (NSSA), Währungsturbulenzen und Bankzusammenbrüche und die Einführung des Programms für wirtschaftliche und soziale Umgestaltung in Simbabwe (Zimbabwe Programme for Economics and Social Transformation, ZIMPREST). Alle diese schwerverständlichen Angelegenheiten haben tiefgreifende Auswirkungen auf den Lebensstandard der meisten Bürger einschließlich von Teilen des Mittelstandes. Inflation und Währungsabwertung resultieren aus einer Kombination dieser Programme und aus der mangelhaften Bereitschaft der Regierung, ihre verschwenderischen Ausgaben zu kürzen. Zu den großen kontroversen Themen kann die Regierung Konsultationen und Referenden abhalten, um die anstehenden Probleme den Bürgern zu erläutern. Sie kann jederzeit öffentliche Debatten zu Fragen von nationalem Interesse anregen. Angemessene Institutionen zur Förderung des gesellschaftlichen Dialoges müssen geschaffen werden. Nach der jüngsten Einrichtung des Nationalen Wirtschaftsberatungsforums (National Economic Consultative Forum, NECF) muß

die Regierung dessen institutionelle Präsenz stärken und Ergebnisse des Parlamentarischen Reformausschusses rasch umsetzen.

6. Aufstellung des Haushalts

Es wird mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß das gegenwärtigen System in Simbabwe, in dem der Zentralregierung, dem Kabinett und der Regierungspartei so viel Macht zufällt, nicht in der Lage ist, dem Vorbild einer konsultativen Planung nachzukommen. Momentan ist die Erstellung des Haushaltsplans von Geheimnistuerei geprägt. Dabei sollte es darum gehen, den Reichtum der Nation zu fördern und zu verteilen. Um den Menschen das Gefühl der Mitbeteiligung und Mitarbeit hinsichtlich der für das Jahr gesteckten Ziele zu vermitteln, sollte ein Prozeß von breitgefächerten Absprachen eingeleitet werden. Ansonsten geht der Sinn der Bürger für die Verantwortung und Zusammenarbeit für die Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres verloren und es macht sich eine Atmosphäre des „Wir gegen die“ breit. Es hat aber den Anschein, daß nur Meinungen und Eingaben aus Kreisen der Wirtschaft und der Industrie ernst genommen werden – von Gruppierungen wie z.B. der Handelskammer (ZNCC), der Großfarmervereinigung (Commercial Farmer's Union, CFU), dem Industrieverband von Simbabwe (Confederation of Zimbabwean Industry, CZI) sowie dem Arbeitgeberverband. Zumeist stehen die Interessen dieser Gruppierungen denen der Armen entgegen, die die Mehrheit bilden. Die hohen Ausgaben für Verteidigung sind nicht hinnehmbar. Das meiste geht - zum Zeitpunkt dieser Publikation - an das kränkelnde Regime von Präsident Kabila in der Demokratischen Republik Kongo. Die Steuern unseres Volkes, einschließlich jener der Armen, werden zur Finanzierung eines fremden Krieges verwandt. Die Gründe für die Einmischung Simbabwes in diesen Krieg sind zumindest dubios zu nennen. In der Zwischenzeit leidet die große Mehrheit der Bevölkerung im eigenen Land am Niedergang des Gesundheitssystems und Geldmangel für Ausbildung u.a. Wir müssen darauf bestehen, daß ein alternatives Verfahren der Haushaltsgestaltung eingeleitet wird, das unparteiische Mitwirkung bei Aufstellung und Überprüfung gestattet.

7. Politische Parteien

Nach der Überwindung der illegalen rassistischen Siedlerherrschaft gingen die Menschen davon aus, daß die neue Regierung die Gesetze des geerbten Systems gründlich ändern würde. Stattdessen bekräftigte sie einige der schlimmsten Unterdrückergesetze des alten diskreditierten Rhodesian Front Regimes. Die einzigen Änderungen in vielen Repressionsgesetzen ersetzten lediglich den Namen „Rhodesien“ durch „Simbabwe“ und blieben ansonsten bestehen. Machtmonopol und Zentralisierung wie sie in der kolonialen Tradition vorherrschten, gewährten der schwarzen Mehrheit nur geringe Macht und Regierungsmitsprache. Trotz unserer Hoffnungen und Erwartungen im Jahr 1980 sind es heute die neuen politischen und wirtschaftlichen Eliten, die die alten kolonialen Eliten ersetzen, und zwar innerhalb derselben Strukturen; und sie sind es, die sich immer noch weigern, die Macht mit der Mehrheit in unserem Land zu teilen. Dieses ererbte System, das de facto als Einparteienstaat bezeichnet werden kann, hat die Entwicklung zu einem Mehrparteiensystem, zu Demokratie und Fortschritt ernstlich blockiert, obwohl Simbabwe gemäß der Verfassung ein Mehrparteienstaat ist. Die Argumente der ZANU-PF über die Vorteile der Zentralisierung, in der eine einzige Partei das Sagen hat, klingen verlogen angesichts des Aufblühens von Mehrparteien-Demokratien.

Statt ständig für die Vorherrschaft der Partei zu kämpfen, sollten unsere politischen Führer ihre Energien auf die gerechte Verteilung der Ressourcen an das Volk verwenden, insbesondere an jene 62 Prozent der Haushalte, deren Einkommen nach der Armutsuntersuchung von 1994 deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen. Unsere eigentlichen Prioritäten lauten:

- deutliche Verbesserung des Gesundheitswesens mit einem besonderen Augenmerk auf HIV/AIDS Infizierten und Folgeerkrankungen;
- Bildung für alle unter Verwendung verschiedener Curricula, die die Anforderungen der neuen Technologien berücksichtigen;
- soziale Dienste für die Senioren, für Menschen mit Behinderungen, psychisch Kranke, Waisen und Straßenkinder;
- mehr Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, dabei besonders für Jugendliche und die durch Strukturanpassungsmaßnahmen (ESAP) Entlassenen;
- wirksamer Ausbau der Infrastruktur, um Transportwesen, Elektrifizierung und Basisdienste in den ländlichen Gebieten von Simbabwe zu verbessern;
- Schaffung von flexiblen Kapazitäten zum Katastrophenschutz.

Auffallend ist, daß eine Unterscheidung zwischen Partei und Staat nie versucht wurde. Viele Menschen auf dem Land wissen noch nicht einmal, daß es einen Unterschied gibt. Was die ZANU-PF bestimmt, wird fast automatisch zum Gesetz. Folgerichtig wird die Landespolitik als Vorrecht des Zentralkomitees der ZANU-PF betrachtet. Das Einparteiensystem im Stil der alten Sowjetunion konzentrierte alle Rechte zu Gesetzesinitiativen bei der wiederum kontrollierten Parteiführung, dem Politbüro und Zentralkomitee. Das Parlament war lediglich zur Bestätigung da. Dieses System ist in Simbabwe immer noch wirksam, trotz aller Anzeichen für Durcheinander und innerparteilichem Klügelwesen in der ZANU-PF. Jede wichtige Gesetzgebung liegt bei dieser Parteienstruktur. Wahlbeobachtern zufolge wurde bei den letzten Wahlen immer wieder berichtet, daß nur Leute mit Parteiausweisen der ZANU-PF während der Dürre Lebensmittelhilfe erhielten, und daß man den Leuten angedroht habe, ihnen nur dann weitere Unterstützung zu gewähren, wenn sie die Regierungspartei wählen. Mit strenger Kontrolle der Mittel des Landes hat die ZANU-PF das Überleben der ländlichen Bevölkerung in eine ausgeklügelte Abhängigkeit gebracht. Seit 1980 kontrolliert die ZANU-PF die landesweit verbreiteten Druckmedien, die Nachrichtenagenturen, Radio und Fernsehen. Der Erlaß für Rundfunk und Fernsehen - jetzt noch um weitere staatliche Kontrolle der Telekommunikation ergänzt - trat in Kraft, um dieses Monopol durchzusetzen, und um die Entstehung unabhängiger Radio- und Fernsehstationen zu verhindern. Der einzige private Fernsehsender ist so auf die Einrichtungen der Zimbabwean Broadcasting Company (ZBC) angewiesen. Kürzlich haben christliche Programmierer der Regierung die Vorlage zur „Liberalisierung“ der elektronischen Medien als Täuschungsversuch vorgehalten und den verantwortlichen Minister genötigt zuzugeben, daß das neue Gesetz den von der Regierung kontrollierten elektronischen Medien noch mehr Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung stellt. Solange diese Kontrolle nicht aufgehoben wird, werden andere Parteien und politische Strömungen von der Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen. Für

freie Entscheidungen benötigen die Simbabweer freien Zugang zu nicht zensierten Informationen, um eine informierte Wahl treffen zu können. Der Erlass zur Finanzierung politischer Parteien sieht trotz alledem vor, daß die Regierung solche Parteien finanziell unterstützt, die 15 oder mehr Sitze im Parlament haben – d.h., daß ZANU-PF von der Regierung unterstützt wird, während andere Parteien und unabhängige Parlamentarier leer ausgehen. Fast das gesamte Budget für die ZANU-PF kommt vom Steuerzahler oder von Gewinnen aus Unternehmen in verdecktem Parteibesitz, die wiederum mit halbstaatlichen Einrichtungen verbunden sind. Politikern der Regierungspartei, besonders Mitgliedern des Zentralkomitees, wird vorgeworfen, daß sie sich während der Wahlkampagne des Fuhrparks, der Flugzeuge und anderer Mittel der Regierung bedienen. Nachdem die Regierungspartei die absolute Kontrolle über die lokale und nationale Verwaltung hat, sowie über Wirtschaft und Investitionen, haben es andere Parteien schwer, an Finanzen heranzukommen. Diese Parteien sind äußerst benachteiligt und nicht in der Lage, einen landesweiten Wahlkampf zu führen, in dem sie alternative Ideen vorbringen und für ihre Politik werben können. Oppositionskandidaten, gerade die unabhängigen, werden physisch verfolgt und bedroht durch Mitglieder der Jugend- und Frauengruppen der ZANU-PF, wenn sie ihr Recht ausüben wollen auf Vorstellung alternativer Themen, Sichtweisen und politischer Strategien. Die Liste der Übergriffe auf Oppositionspolitiker einschließlich von Todesfällen und Polizeischikanen ist eine nationale Schande und eine Entwürdigung der Unabhängigkeit der Rechtsinstitutionen. Für dieses Regierungssystem haben die Simbabweer in den Siebziger Jahren ganz gewiß nicht gekämpft und ihr Leben gelassen. Wir müssen fragen, warum die Regierungspartei anscheinend ganz bewußt Appelle ignoriert, die eine Änderung des Wahlgesetzes verlangen - einem Gesetz, das ein System fortschreibt, in dem ZANU-PF auch nicht einen kleinen Teil der Macht an eine Opposition abgibt. Wovor haben ihre Führer Angst? Vielleicht vor einer lebendigen Opposition, die weitere Beispiele von Korruption und Inkompetenz aufdeckt. Jetzt ist die Zeit gekommen, das derzeitige Wahlsystem zu hinterfragen. Die Zivilgesellschaft muß gestärkt werden und dafür sorgen, daß Politiker für ihre Handlungen Rechenschaft ablegen. Wir fordern die Regierung auf, mehr parteiübergreifende Gremien einzusetzen, die für die Durchführung von Wahlen in Simbabwe Verantwortung übernehmen. Die sich zur Wahl stellenden Parteien sollten bei der Ernennung einzelner Personen in Gremien gleiches Stimmrecht erhalten, wie z.B. in die Wahlüberwachungskommission (ESC) und in den Zulassungsausschuß (Delimitation Commission). Um Vertrauen in dieses System fassen zu können, sollten in diese Ausschüsse Individuen ernannt werden, die von allen beteiligten Parteien akzeptiert sind. Diese Gremien müssen regierungsunabhängig sein. Um Wahlbetrug auszuschließen, müssen Wählerlisten genau geführt und auf dem neuesten Stand sein. Das Eintragen in die Wahllisten sollte einfacher vonstatten gehen, damit die Menschen nicht durch langes Schlangestehen entmutigt werden. Das Einwohnermeldeamt muß professioneller geführt werden. Bei Wählereinschüchterung muß die Polizei drastisch durchgreifen. Von solchen Fällen wurde sowohl in städtischen als auch ländlichen Regionen berichtet. Kürzlich wurde von ZANU-PF Jugendlichen eine Benzinbombe auf eine unabhängige Parlamentarierin geworfen, die bei einer Wahl in Harare für eine andere unabhängige Kandidatin sprach. Wähler, die sich weigerten, für einen einzigen Kandidaten zu stimmen, wurden geschlagen. Gruppen von Hooligans lungern um Wahlkabinen und schüchtern Wähler ein. Bürger ohne den Parteiausweis der ZANU-PF wurden angegriffen und ihr Eigentum zerstört. ZANU-PF Politiker, die zu solchen Angriffen aufstachelten oder selbst daran teilnahmen, wurden niemals belangt. In einer

demokratischen Gesellschaft kann derart häufige Einschüchterung nicht hingenommen werden. „Sich vor Menschen fürchten bringt Gefahr; auf Gott vertrauen bringt Sicherheit. Viele buhlen um die Gunst eines Herrschers; dabei ist es Gott, der ihnen Recht verschaffen kann.“ (Sprüche 29, 25-26) Falls dieses System auch in Zukunft zugelassen wird, ist zu befürchten, daß immer mehr Menschen ihren Glauben an Wahlen verlieren. Das wird dann die Frage aufwerfen, inwieweit eine unter diesem System gewählte Regierung überhaupt legitim ist, wenn die Mehrheit der Bevölkerung kein Vertrauen in dieses System mehr hat. Wir halten es für äußerst wichtig, daß die Regierung dieses System reformiert, so daß es offen, transparent und gerecht ist. Es muß als verlässliches Instrument gesehen werden, durch das man Führungspersönlichkeiten wählen oder abwählen kann; und es muß verfassungsmäßig abgesichert sein.

8. Exekutive

Das gegenwärtige Regierungssystem mit einem Präsidenten an der Spitze, der zugleich Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Regierungschef und Parteichef der ZANU-PF ist, konzentriert eine fast absolute Macht in den Händen einer einzigen Person. Für den Präsidenten gibt es keine verfassungsmäßige Begrenzung der Wiederwahl. Der Präsident ist umgeben von einer sehr einflußreichen und loyalen Gruppe von Ministern und Offiziellen. Für das Parlament gibt es wenig Spielraum. Die einfachen Abgeordneten werden routinemäßig genötigt, die Entscheidungen der Exekutive abzusegnen. Auch jene, die sich konsequent einbringen und die besten Anliegen ihrer Wählerschaft umsetzen wollen, haben angesichts der dem Präsidenten ergebenden anderen kaum die Möglichkeit, Politik mitzugestalten. Parlamentarier, die Kabinettsmitglieder kritisierten, gegen neue Steuern stimmten oder eine Begrenzung der Amtsperioden für den Präsidenten vorschlugen, mußten schwere Sanktionen der Regierungspartei hinnehmen. Rausschmiß und körperliche Bedrohung haben das parlamentarische Privileg außer Kraft gesetzt. Die Anliegen der Wähler werden von einer Wahlkampagne zur anderen mißachtet. Wir, das Volk, sind im Entscheidungsprozeß nicht gut vertreten. Das widerspricht dem Verständnis von Volksregierung. Die Machtkonzentration - manche Kabinettsminister sind nach dem Willen des Präsidenten seit 1980 im Amt - entmutigt engagierte Politiker von Format, ernsthaft die Interessen der Mehrheit zu vertreten. Wer politisch aufsteigen will, vielleicht sogar ins Kabinett, kann kaum außerhalb des präsidentiellen Einflußbereichs überleben. Mitglieder der Opposition haben so gut wie keinen Spielraum, bei Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Deshalb ist der Anreiz für Politiker, sich für andere Parteien oder als Unabhängige aufzustellen, nur sehr gering. Die Tatsache, daß im Parlament sehr selten anregende Debatten zu wichtigen Themen stattfinden, führt ebenfalls zur Schwächung unserer demokratischen Kultur und Strukturen. Die Zahl der Amtsperioden des Präsidenten muß nach einem landesweiten Beratungsprozeß mit dem Volk begrenzt werden. Der Ausschuß zur Parlamentsreform stellt eine begrüßenswerte Entwicklung dar. Das Parlament muß reformiert werden: ein starkes und effektives Ausschußsystem muß eingeführt werden; einfache Abgeordnete müssen mehr Mitsprache erhalten; die Zahl der Minister muß verringert werden und die Zahl der vom Präsidenten berufenen Amtsträger muß verringert bzw. dieser Modus ganz abgeschafft werden.

9. Verfassung

Eine Verfassung ist die Zusammenstellung der elementaren Grundsätze durch die ein Land regiert wird und stellt in einem gewissen Sinn die Vision eines Volkes von ihrer Nation dar. Eine Verfassung ist so die Gesamtheit der Gesetze, Vorschriften und Grundsätze für Regierende und Regierte. Solange nicht mit Zweidrittelmehrheit im Parlament darüber entschieden wird, kann sie nicht ergänzt oder verändert werden. Verfassungen mit vielen Zusätzen werden für gewöhnlich dort gefunden, wo eine einzige politische Kraft über die gesamte Macht verfügt. Die Situation in Simbabwe ist entlarvend. Nur drei Parlamentsabgeordnete gehören nicht zur ZANU-PF. Eine richtige Debatte kann kaum im Interesse der Bürger stattfinden, höchstens im Interesse der Regierungspartei. Einige neue Verfassungen, etwa von Namibia oder Südafrika, sind modellhaft für die Rechte des Volkes und ihre fortschrittliche Vision. Andere, traurigerweise einschließlich Simbabwes, stellen eine Ansammlung alter kolonialer Regelungen dar mit einer großen Zahl von Zusätzen, um in die Ideologie der Regierungspartei zu passen. Eine neue Verfassung muß entworfen werden durch einen breiten Beratungsprozeß und dann in einem landesweiten Referendum dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Das setzt ein Verfassungsforum oder eine Verfassungsversammlung voraus, die ein breites Spektrum der gesamten Gesellschaft repräsentiert. Die Nationalversammlung zur Verfassung ist eine begrüßenswerte Entwicklung, die es zu nutzen gilt. Zwischen 1980 und 1997 wurde die Verfassung von Simbabwe 15 mal geändert. Viele dieser Änderungen haben die Rechte der Simbabwer eingeschränkt. Oder die Änderungen wurden durchgesetzt, nachdem der Oberste Gerichtshof einzelne Regierungserlasse als nicht verfassungsgemäß einstufte. Die Lösung für die Regierung mit ihrer überwältigenden Mehrheit im Parlament liegt dann in einem Verfassungszusatz, der ihren speziellen Bedürfnissen entspricht. Kein Land sollte so leicht seine Verfassung ändern können. Alle Träger eines öffentlichen Amtes, vom Präsidenten, Kabinettsmitgliedern, Parlamentsabgeordneten bis zu Mitgliedern der Streitkräfte und der Polizei werden ausnahmslos auf die Verfassung vereidigt. Besonders Präsident, Parlament und Oberstes Gericht sind verpflichtet, die Verfassung gegen jede Beugung zu verteidigen. Notwendigerweise muß eine Charta of Rights verankert werden, die nicht eingeschränkt werden darf, es sei denn sie gibt den Bürgern mehr Rechte. Eine Verfassung ist ein "heiliges" Dokument. Sie ist für die Menschen eines Landes da, damit die Interessen aller geschützt werden. Sie muß verständlich und leicht zu interpretieren sein. Jeder Bürger sollte zu ihr Zugang haben. Sie sollte in allen Landessprachen verfügbar sein. Eine Verfassung wird trivialisiert und geschmälert, wenn sie im kurzfristigen Interesse von führenden Politikern geändert wird.

Wenn die Schlechten regieren, wird das Unrecht vermehrt. Aber wer Gott gehorcht, wird sehen, wie solche Leute untergehen. (Sprüche 29, 16)

Die Bürger Simbabwes haben das Recht auf einen umfassenden Beratungsprozeß zur Formulierung einer neuen Verfassung. Dadurch kann die unzeitgemäße und verstümmelte Lancaster House Verfassung aus dem Jahr 1979, mit ihrem kolonialen Erbe und den Zusätzen nur einer Partei, ersetzt werden. Die bestehende Verfassung ist für die gegenwärtige Situation in Simbabwe nicht mehr von Bedeutung. Das gilt besonders mit Blick auf die Welle der Demokratisierung, die den ganzen Kontinent erfaßt hat. Schlechte Menschen verstehen nichts vom Recht; aber die, die nach Gott fragen, verstehen alles. (Sprüche 28, 5)

II. SOZIO-ÖKONOMISCHE POLITIK

1. Einleitung

Die Propheten des Alten Testaments protestierten gegen die Verbrechen der Reichen und Mächtigen an den Armen (Jes 3,15, Am 5,12, Hes 22,9). Sie verurteilten diejenigen, die ihre politische, wirtschaftliche und religiöse Autorität zu selbstüchtigen Zwecken ausspielten. Sie waren sich bewußt, daß die eine Erde und ihre Schätze von Gott geschaffen waren, damit alle an ihnen teilhaben konnten und nicht nur von einigen wenigen oder von Gruppen exklusiv für sich in Anspruch genommen werden. Die Menschen sind Haushalter der Schöpfung und nicht deren Besitzer. Jesus Christus übernahm diese prophetische Tradition. Wie die Propheten von einst, hat er sich auf das Ringen, die Pein, die Hoffnung und Freude seines eigenen jüdischen Volkes eingelassen. Die tiefe Solidarität mit seinem Volk ließ ihn die prophetischen Worte finden. Er sah ganz deutlich, wie ein unterdrückerisches politisches System und eine ausbeuterische Wirtschaftsordnung es dem Volk unmöglich machten, ein erfülltes menschliches Leben zu führen. Jesus nahm die Zeichen der Zeit wahr und proklamierte eine neue Vision des Lebens – das Reich Gottes – ein neuer Weg des Wahrnehmens und Handelns. Jesus sagte, daß dieses Gottesreich alles Positive und Lebensfördernde im täglichen Leben der Menschen realisiert. Das stand im Mittelpunkt seiner Verkündigung, seines Lehrens und Lebens in über 50 Geschichten über das Reich Gottes, die in den Evangelien aufgezeichnet sind. Wie ein Samen fängt es klein an, sagte er, bringt dann aber eine große Ernte hervor oder entwickelt sich zu einem mächtigen Baum (Mk 13). Es würde Umkehr und einen tiefgreifende Sinneswandel erfordern (Mk 1, 15). Entgegen landläufiger Erwartungen sind diejenigen selig, die arm sind, die Leid tragen, die barmherzig und reinen Herzens sind (Mt 5,1-10). Das ist kein Reich der Reichen und Mächtigen (Lk 6, 20-26). Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher ins Reich Gottes komme (Mk 10, 25). Der reiche Mann wurde verurteilt, weil er seinen Reichtum nicht mit dem Bettler teilen wollte (Lk 16, 19-31). Das Streben nach Reichtum steht dem Streben nach dem Reich Gottes entgegen. Wenn man den einen Herrn liebt und ihm dient, muß man den anderen lassen (Mt 6, 24). Das Streben nach dem Reich Gottes mit seinen Werten wie Wahrheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft bedeutet materiellen Besitz aufzugeben, (Mt 6, 19-21; Lk 12, 33-34; 14, 12) um ihn mit anderen zu teilen (Apg. 4, 32-37). Die Kirche muß heute ihre Entscheidungen so treffen, daß sie die Entscheidung Jesu widerspiegeln. Sie muß die Zeichen heute für das Volk unserer Zeit zu verstehen trachten. Sie muß die Bereiche Wirtschaft, Erziehung und Bildung, Gesundheit, Land und vWohnungsbau kritisch analysieren - nicht aus der Sicht der gebildeten Elite, sondern der Armen, Schwachen und Beraubten. Jesu radikale Forderungen sind eine weitgehende Herausforderung. Indem er sich der Armen, Leidenden und Ausgegrenzten annahm, schlug er sich auf die Seite der ums Überleben kämpfenden Mehrheit und nicht auf die der wirtschaftlich mächtigen, politischen und religiösen Minderheit. Sein Mitgefühl für die Leiden der Ausgestoßenen in dieser Mehrheit – der Kranken, der Behinderten, jener, die der verachteten Prostitution oder Steuereintreibung nachgingen – war so groß, daß er sich ganz bewußt auf ihre Seite stellte. Er wurde selbst zum Geächteten, zu einem, den die geachteten Juden als verflucht ansahen. Die Kirche muß Sorge tragen für jene, die durch die Politik der Mächtigen marginalisiert und ausgebeutet werden. Sie muß sich auf durchsetzbare Alternativen konzentrieren und sich gegen Ausbeutung und Korruption wenden, wo immer sie diese antrifft. Sie muß öffentlich verkünden, daß Menschen wichtiger sind als Profit, daß die Wahrheit den Trug besiegt und daß nur Liebe das Leben fördert. Die Kirche muß deutlich sagen, daß ein auf materielle Gier, egoistischem Stolz, Status und

Ehrgeiz gegründeter Lebensstil unhaltbar ist und den menschlichen Geist abwürgt. Die Menschen sind hungrig, nicht nur wegen Nahrungsmangel, sondern wegen Mangel an Gerechtigkeit und Liebe (Spr 30,23; Am 8, 4-7). Die Kirche muß in ihren eigenen Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialprogrammen sowie in ihrer Seelsorge die Werte der Menschlichkeit fördern: Liebe, Mitgefühl, Großzügigkeit, Integrität, Dienst und Engagement für andere. Wahrhaft menschliche Werte sind Werte des Reiches Gottes. Jesus förderte und lebte diese Werte in seiner Zeit. Wir müssen sie in unserer Zeit leben.

2. Hoffnungen und Enttäuschungen

1980 schien die Zukunft des gerade unabhängig gewordenen Landes voller Hoffnung und Verheißung zu sein. Simbabwe verfügte über einen großen Reichtum an menschlichen und natürlichen Ressourcen, mehr als genug für alle. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit wurden im Gesundheits- und Bildungssektor große Fortschritte erzielt. Viele neue Schulen und Krankenhäuser wurden vor allem in ländlichen Gegenden gebaut. Kommunikationswege und das Straßennetz verbesserten sich deutlich. Die Elektrifizierung ländlicher Zentren lockte Investitionen an, und die Menschen faßten Vertrauen in die Siedlungsprogramme. Trotz dieser positiven Entwicklung machte sich allmählich in Kreisen hoher Regierungsbeamter und Amtsträger die Korruption breit. Einige Minister und Würdenträger strebten nach persönlichem Reichtum und begannen, Land und öffentliche Gelder an sich zu nehmen. Korruption beginnt an der Spitze der Gesellschaft und durchdringt dann allmählich die gesamte Gesellschaft mit ihrem Mangel an Transparenz. Aufgrund der Unabhängigkeit entstanden große Hoffnungen auf Entwicklung und ein besseres Leben für alle. Diese Hoffnungen wurden allmählich zerstört durch unzureichende Planung und Ressourcenmanagement der Regierung, die mit zunehmender Korruption einherging. All das setzte die Ökonomie Simbawes ernsthaft aufs Spiel. 1990 gerieten die Staatsdefizite außer Kontrolle. Die Regierung wurde zu wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogrammen (ESAP) gezwungen. Der Sozialismus als offizielle Partei - und Staatsideologie wurde über Bord geworfen. Auf Verlangen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) wurden Subventionen für Grundnahrungsmittel abgeschafft, Preisbindungen aufgehoben und das Gesundheits- und Bildungswesen kostenpflichtig. Nachdem die Strukturanpassung weitere Forderungen nach sich zog, gab es für den informellen Sektor kaum Unterstützung und für Schulabgänger kaum Anstellungsmöglichkeiten. Die Schere zwischen Reichen und Armen ging noch weiter auseinander. Die Ärmsten und Schwächsten hatten am meisten zu leiden. Nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ist die Ungleichheit in Simbabwe eine der höchsten der Welt. Auf die reichsten 20 Prozent der Einwohner entfallen 46,9 Prozent aller Ausgaben, auf das ärmste Zehntel lediglich 1,8 Prozent. Die Überwindung dieser Kluft müssen alle Christen als vorrangige Aufgabe begreifen. Der Kirche liegen alle Menschen am Herzen, besonders aber die Armen und Niedergedrückten, die Opfer der Gesellschaft. Die Kirche muß sich des spirituellen und materiellen Wohlergehens der Menschen in ihrer Alltagssituation annehmen. Sie muß erkennen, daß sich Simbabwe in einer Sackgasse befindet. Wenn wir für Wachstum und Wohlstand arbeiten, dann können wir dies nicht auf Kosten der Armen, der Arbeitslosen, der Jugend - gegenwärtig die Mehrheit unserer BürgerInnen - und der Alten erreichen.

3. Land

Land bedeutet für alle Simbabwer Leben. Land ist unser Geburtsrecht und Erbe. Es gehört auch zum Mittelpunkt unseres spirituellen und kulturellen Lebens. Als wir es an die kolonialen Siedler verloren, verloren wir unsere Identität. Das war der Hauptgrund für den Befreiungskrieg bis zur Unabhängigkeit. Das Lancaster House Abkommen verhinderte die unmittelbare Übertragung von Landrechten an die Bedürftigsten durch die sogenannte "bereitswillige Verkäufer/bereitswillige Käufer"-Verordnung, die den Zugang zu Land auf die Zahlungskräftigen beschränkte. Die Position der Weißen und die der schwarzen Eliten, die es eilig hatten, Land an sich zu reißen, wurde in den Jahren nach dem Lancaster House Abkommen noch gestärkt. Die Lancaster House Verfassung lief 1990 aus, doch die Regierung scheint nicht in der Lage verfügbares Land zu kaufen. 1990 wurde die Lancaster Verfassung ungültig, aber der Regierung scheint es nicht gelungen zu sein, vorhandenes Land zu kaufen. Die Bauern harren in den unfruchtbarsten und dünnen, gemeinsam bewirtschafteten Landstrichen aus. Die Armen bleiben arm. Die Vertreibung von Leuten, die keinen eindeutigen Landtitel nachweisen können, ohne ihnen ein anderes Stück Land zur Verfügung zu stellen, zeigt, daß die Regierung keine Anstrengungen unternimmt, sich für eine gerechtere Landverteilung einzusetzen. Das bedeutet einen Bruch des Vertrauens, das die Menschen in unsere Regierung setzten. Es gibt unzählige Beispiele solcher Vertreibungen, sowohl in städtischen als auch ländlichen Regionen. Wilde Siedlungen, die wie Pilze aus dem Boden schießen, und der intolerante Umgang der städtischen Behörden mit diesen Siedlungen machen deutlich, daß dieses Problem von kaum jemandem ernst genommen wird. Land wird für den Wohnungsbau und für die Landwirtschaft benötigt. Als Folge des Versagens hat die Landkrise zu zivilem Ungehorsam geführt. Einfache Dorfbewohner aus Svosve, Nyamandlovu, Chiweshe und anderen Regionen sind in den vergangenen Monaten spontan auf Großfarmen in weißem Besitz vorgedrungen um dort (wieder) zu siedeln. Die Regierung schritt ein und vertrieb sie mit Gewalt. Zur Stärkung unserer wirtschaftlichen Situation ist der Zugang zu Land unerlässlich. Es ist eine Ertragsquelle für die industrielle Entwicklung, und es ermöglicht uns, durch angepaßte Technologien unsere Erträge zu steigern. Wir können auf dem Land unsere Nahrungsmittel anbauen und unser Einkommen damit ergänzen, und wir können unsere Häuser darauf bauen. Die Landverteilung muß fair sein - um der wirtschaftlichen Gerechtigkeit, der Versöhnung unter den Rassen und des Friedens willens. Trotz vieler Versprechungen zeigt sich die Regierung unfähig, eine faire und gerechte Landreform zu beschließen. Seit 1980 hat es dazu zahlreiche vergebliche Anläufe gegeben. Bei allen scheinen einige wenige profitiert zu haben, während Millionen genötigt sind, ihr schlichtes Überleben einem unfruchtbaren und trockenen Boden aus kommunalem Land abzurufen, dem Rest der alten Tribal Trust Lands (Stammesrestterritorien) der Kolonialzeit. Folgende Aufgaben für eine gerechte Landreform müssen wir bewältigen:

- die Wiedereinsetzung von Landrechten, Wasserrechten und Eigentum an die ursprüngliche Bevölkerung
- der Aufbau einer Landentwicklungsbank, um die Landwirtschaft und geeignete Anbaumethoden voranzubringen,
- Harmonie zwischen den schwarzen und weißen Farmern und ihren Familien,
- Produktion für den Inlandsmarkt wie für internationalen Märkte

- Gerechtigkeit für Farmarbeiter durch verbesserte Löhne und Lebensbedingungen und Ausbildung ihrer Kinder.

In dürregefährdeten Zonen müssen angepaßte Anbaumethoden propagiert werden, damit der Boden nicht unnötig durch intensive Landwirtschaft erschöpft wird. Wo nur Viehzucht möglich ist, sollten die Aufzucht auf natürlicher statt künstlicher Basis erfolgen. Kürzlich veröffentlichte die Regierung einen umstrittenen Plan, der über 1.500 in weißem Besitz befindliche Großfarmen für ein Siedlungsprogramm vorsah. Die Geberkonferenz im September 1998, die Mittel für die Landverteilung aufbringen sollte, war ein Flop. Nun ist völlig in der Schwebe, wann die Menschen wiederangesiedelt werden können. Das Beispiel zeigt, daß die Landfrage nicht benutzt werden sollte, um zu jedem Preis politischen Interessen zu dienen. Gerechtigkeit muß Vorrang haben. In Amos 5,24 lesen wir: "Recht und Gerechtigkeit sollen das Land erfüllen, wie ein Strom, der nie austrocknet." Wie steht es heute um vGerechtigkeit und Landverteilung in Simbabwe?

4. Wirtschaftliches Strukturanpassungsprogramm -- ESAP

In den '80er Jahren hatte Simbabwe einigen Fortschritt erzielt bei der Verbesserung der sozialen Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung, Wiederaufbau und Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg an, der Alphabetisierungsgrad nahm zu, die Kindersterblichkeit und der Tod von Müttern im Kindsbett nahm ab, und auch andere soziale Indikatoren waren ermutigend. Mit der Einführung des Wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramms (ESAP) begann sich die Situation rasch ins Gegenteil zu verkehren. Wohlstand und Reichtum wohnen im Haus von jenem, dessen Treue zum Herrn für immer festbleibt. (Ps 112, 3) Als Simbabwe mit dem wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramm begann, wurde das Vorhaben als Beginn einer neuen Ära nach zehn Jahren zentralisierter Wirtschaftsplanung präsentiert. Es wurde den Leuten verkauft als Wandel der Wirtschaftspolitik, um Regierungsintervention zu verringern. Bestandteil der Änderungen waren

- Lockerung von Preiskontrollen
- Deregulierung des Arbeitsmarktes
- eine Umschichtung der öffentlichen Ausgaben zum Nachteil sozialer Dienstleistungen und Betonung freier Wirtschaft
- Maßnahmen, die privaten Investoren den Zugang zu Devisen erleichtern
- Beseitigung der Regierungssubventionen für das Gesundheits- und Bildungswesen.

Das Hauptanliegen dieses Programms war es, die Kontrolle der Regierung über die Wirtschaft zu lockern, um mehr Wettbewerb zu schaffen und damit Exporte, Produktivität, Effizienz und einheimisches Unternehmertum zu fördern. Die Auswirkungen des Strukturanpassungsprogramms (ESAP) waren für die Armen hart. Nutznießer waren die großen multinationalen Konzerne und die politische Elite. Sie unterstützen Strukturanpassungsmaßnahmen auch weiterhin auf Kosten der Armen und an den Rand Gedrängten. Das Programm legt klar die Priorität auf die Wirtschaft

statt auf Sozialpolitik. Die unglückliche und verwirrende Tatsache ist, daß diese Wirtschaftsreform vom internationalen Finanzsystem vorgeschrieben und auch überwacht wird. Wenn auch die Regierung die Unterstützung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank braucht, ist sie bislang nicht bereit, zentrale Forderungen wie die einschneidende Kürzung ihrer Verwaltungskosten umzusetzen. Es ist weithin anerkannt, daß das Strukturanpassungsprogramm (ESAP) unzureichend formuliert und umgesetzt wurde, weil sich die Regierung stur weigert, Defizite durch Kürzungen bei nicht-grundlegenden Ausgaben zurückzufahren. Der Fehlschlag bei ESAP wird jedoch weithin der Weigerung der Regierung zugeschrieben, die Zivilgesellschaft in Formulierung und Ausgestaltung des Reformprogramms einzubeziehen. Als ob ESAP der Nation nicht schon genügend Probleme beschert hätte, so bedeutete die anschließende Periode die schlimmste Wirtschaftsrezession für Simbabwe seit 1980.

5. Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung Simbabwes - ZIMPREST

Obwohl die menschlichen und sozialen Kosten von ESAP nicht ernsthaft ausgewertet wurden, wurde zweieinhalb Jahre später eine zweite und noch intensivere Phase eingeläutet - später bekannt unter der Bezeichnung ZIMPREST (Zimbabwe Programme for Economic and Social Transformation - Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung Simbabwes). Sie wurde als Versuch angepriesen, die wirtschaftlichen Fehlschläge von ESAP zu korrigieren. Sie will den Wohlstand der Nation festigen und mehren durch eine Stärkung der makro-ökonomischen Stabilität, ähnlich wie in der ersten Phase. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen neu ausgestaltet werden, unter denen die verschiedenen Komponenten des Programms durchgeführt werden. Die Schuldenkrise und ZIMPREST Die größte Herausforderung für die Regierung ist die Reduzierung ihrer Schulden, die momentan ungefähr 90 % des Bruttonationalprodukts (BNP) ausmachen. Wirtschaftsfachleute stimmen überein, daß diese Schuldenlast untragbar ist. Statt soziale Grunddienste zu finanzieren wie Gesundheits- und Bildungswesen, muß die Regierung über 40 Prozent des Staatseinkommens zur Bedienung der Schuldzinsen aufwenden. Die Schuldenlast wird jeden Tag größer und der Handlungsbedarf ist dringend, damit Schulden und Zinsen auf ein handhabbares Niveau gesenkt werden können. An dieser Aufgabe ist ESAP gescheitert, und ZIMPREST möchte dieses Problem überwinden. Die Kirchen im Land sollten auf der Debatte aufbauen, die der Oekumenische Rat der Kirchen im Dezember 1998 in Harare über das Erlaßjahr aufnimmt, ein biblisches Konzept der Schuldenvergebung. Erlaßjahr 2000 Viele kirchliche Organisationen rund um den Erdball verlangen mit der Kampagne Erlaßjahr 2000 (Jubilee 2000) die Streichung der Schulden der Dritten Welt. Zielsetzung ist die Reduzierung der überwältigenden Schuld von 250 Milliarden US-\$, die Entwicklungsländer der sogenannten Ersten Welt schulden, Simbabwe ist eines davon. In der ganzen Welt befassen sich engagierte Christen erneut mit dem biblischen Thema des Erlaßjahres. Ein globales Netzwerk „Erlaßjahr 2000“ kämpft für die Streichung ausstehender Schulden und hat bereits 21 Millionen Unterschriften in Schuldner- wie in Gläubigerstaaten gesammelt. Mit dieser anhaltenden systematischen Kampagne hoffen die Christen, die globalen Wirtschaftsmächte zu einer Streichung zahlreicher Schulden der Dritten Welt zu bewegen, um ihr den Weg für ein zukunftsfähiges Wachstum zu eröffnen. Die Erlaßjahr 2000-Kampagne bezeichnet die Verschuldung eines Landes wie Simbabwe als „eine neue Form der Sklaverei, in der die Schuldenlast eines Landes

nicht den Wohlhabenden sondern den Ärmsten aufgebürdet wird, die von den zusätzlichen Anforderungen ausgepreßt und zugleich vom Westen abgekoppelt werden, der beständig reicher wird.“ Die Kirchenleitungen in Simbabwe und alle Christen des Landes sollten „Erlaßjahr 2000“ vorrangig fördern. Sie sollten sicherstellen, daß Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Ökumenischen Rat der Kirchen bei seiner Kampagne für den Schuldenerlaß unterstützen. Das liegt im besten Interesse von Simbabwe. ZIMPREST ist sich bewußt, daß die Reduzierung der Schulden ein Kernproblem des gesamten Reformprozesses darstellt. ZIMPREST sieht vor, im Finanzjahr 2000/2001 die Schulden auf 2,9 % des Bruttosozialprodukts zu reduzieren. Theoretisch bedeutet der Plan tiefe Einschnitte in die Regierungsausgaben. Der IWF und die Weltbank bestehen weiter darauf, daß die Ausgaben für den Öffentlichen Dienst einschneidend zu reduzieren sind. Das Problem ist nur, daß 60 bis 70 % des Öffentlichen Dienstes in den Schlüsselsektoren Gesundheit und Erziehung arbeiten, deren Etats höchstwahrscheinlich gekürzt werden. Dagegen ist wohl kaum anzunehmen, daß es bei den Sondervergünstigungen auf Ministerialebene und beim Verteidigungshaushalt Kürzungen geben wird. Es fragt sich nur, wie die Mittel aufgebracht werden können, um die für das Jahr 2000 gesteckten Ziele zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt hoffen wir, daß einige der Schulden unilateral unter dem Druck von Erlaßjahr 2000 erlassen werden. Die Alternativen sind für eine fragile Wirtschaft zu komplex, aber ohne eine solche Lösung kann die Regierung ihre Einnahmen nur dadurch erhöhen, daß sie Staatsvermögen, wie z.B. halbstaatliche Betriebe privatisiert und die Gelder zur Schuldentilgung und zur Reduzierung des Haushaltsdefizits einsetzt. Wir sind jedoch der Überzeugung, daß halbstaatliche Einrichtungen dem nationalen Interesse dienen und deshalb nicht verkauft werden sollten. Statt dessen sollten sie so umgestaltet werden, daß Kompetenz und Effizienz vorangebracht werden, so daß sie wirtschaftlich lebensfähig bleiben und für die Staatsfinanzen keine Belastung darstellen. Schaffung von Arbeitsplätzen Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist dringend geboten. Im Augenblick liegt die Arbeitslosenrate offiziell bei etwa 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung, aber die Mehrheit der Analytiker schätzen sie auf weit über 54 %. Es ist beabsichtigt, sie durch ZIMPREST auf 24 % zu senken. Angesichts des chronischen Mangels an Infrastruktur, der Sparpolitik, der anhaltenden Arbeitslosigkeit und des fehlenden Kapitals für potentielle Unternehmer ist dies ein höchst ehrgeiziges Ziel. Neu unter dem ZIMPREST Programm ist, daß die Regierung eingesehen hat, welche verheerenden Folgen die Dürre für die Wirtschaft haben kann. Wir können uns noch sehr genau an die Dürre im Jahr 1992 erinnern. Um die katastrophalen Auswirkungen von Dürreperioden aufzufangen, muß während guter landwirtschaftlicher Ertragszeiten ein wirtschaftliches Wachstum von 6 bis 7 % pro Jahr erzielt werden. Auch dies ist angesichts der wirtschaftlichen Probleme des Landes, wie etwa der Währungsschwankungen und des Falls der Tabakpreise, sehr ehrgeizig. „Um die Armut zu beseitigen“, möchte ZIMPREST eine „angemessene und nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung erreichen“. Es hofft, Mittel der Öffentlichen Hand so einsetzen zu können, daß die Menschen sich autark und produktiv zum Wohl ihres Landes einbringen. Das war eines der Ziele von ESAP, das kläglich gescheitert ist. Partizipation und Konsultation Ein alternatives Entwicklungsprogramm erfordert auf allen Ebenen breitgefächerte Absprachen und aktive Teilnahme. ZIMPREST sollte ein substantielles Dokument und ein Aktionsprogramm sein und nicht nur eine Absichtserklärung ohne jegliche Untermauerung. Nach dem Auslaufen von ESAP sollte nun die Regierung darauf achten, daß ZIMPREST von der breiten Öffentlichkeit auf- und angenommen wird. Damit ZIMPREST erfolgreich sein kann, muß es die Anliegen aller

Gesellschaftsschichten aufnehmen, und diese müssen ihrerseits Vertrauen in das Konzept haben. Es sollte ein Entwicklungsprogramm sein, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht ein Produkt der Weltbank und des IWF, dem es um Deregulierung im Handel zugunsten des globalen und lokalen kapitalistischen Systems geht.

6. Vision 2020 - Bürgerbeteiligung oder Ablenkung? Vision 2020 ist ein von der Regierung eingeleiteter, langfristiger Planungsprozeß, der von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) finanziert wird und dem man nachsagt, daß er demokratischere und konsultativere Züge aufweist als ESAP und ZIMPREST. Viele Analytiker sind jedoch der Ansicht, daß die Regierung damit nur von den sozialen Übeln wie Armut und Arbeitslosigkeit ablenken will. Die einst populären Slogans wie „Gesundheit für alle im Jahr 2000“ sind in die Versenkung verschwunden und als PR Aktion auf das Jahr 2020 verschoben worden. Die tatsächlichen Bedürfnisse der Massen werden durch unrealistische Programmänderungen und durch eine Verschwendung von Ressourcen und ungenügender Konsultation kompromittiert. Die Menschen haben politische Diktate satt, und sie reagieren zynisch auf das Programm „Vision 2020“. Statt dessen verlangen sie, daß die gegenwärtige Lage im Land ernsthaft unter die Lupe genommen wird. Man kann einer Regierung kein Vertrauen schenken, die zwar vorgibt in bezug auf Vision 2020 einen partizipativen Ansatz zu praktizieren, sich aber auf eine Diskussion der drängenden Probleme nicht einläßt, wie z. B. die galoppierende Inflation, Arbeitslosigkeit und ein sich verschlechterndes Gesundheitswesen.

7. Gesundheit Nach der Unabhängigkeit wurde ganz klar die Vision „Chancengleichheit im Gesundheitswesen“ verfolgt, wobei der tragende Gedanke die von der Konferenz für Wiederaufbau und Entwicklung 1981 in Simbabwe formulierte Politik des „Wachstums in Gerechtigkeit“ (Growth with Equity) zugrunde lag. Das Land schloß sich anderen Regierungen an, um das internationale Ziel „Gesundheit für Alle bis zum Jahr 2000“ und darüber hinaus zu erreichen. Die Regierung von Simbabwe unternahm anerkennenswerte Anstrengungen, um die Gesundheitsdienste der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen. Neue Gesundheitsstationen und Krankenhäuser wurden gebaut, und die nach der Unabhängigkeit von der vorherigen Regierung übernommenen Einrichtungen wurden modernisiert und renoviert. Für die Ausbildung von Krankenschwestern und Ärzten wurden mehrere Ausbildungsstätten eröffnet und bereits bestehende modernisiert. Die medizinische Versorgung war für die Armen frei, d.h. für Personen, die ein monatliches Einkommen von Z\$ 150 und darunter haben. 1980 betonte das Konzept der Chancengleichheit in bezug auf Gesundheitsfürsorge den Bedarf ärztlich versorgt zu werden und nicht die Fähigkeit, dafür zu zahlen. Seit 1982 verfolgt das Gesundheitsministerium den Ansatz der ärztlichen Grundversorgung (Primary Health Care, PHC) mit dem Ziel, die Schieflage im Gesundheitswesen zu korrigieren, Integration zu erreichen und einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsdiensten zu ermöglichen. Der PHC stellte ein umfassendes Gesundheitspaket in den Mittelpunkt (Verbindung von heilender, fördernder, präventiver und rehabilitativer Gesundheitsfürsorge). Die Patienten sollten zunächst auf der untersten Ebene vorstellig werden und dann nach und nach an die Distriktsebene, Provinzebene und in die Hauptstadt verwiesen werden, je nach der Komplexität der Krankheit. Dieses Verfahren stellte sicher, daß die Mehrheit der Bevölkerung einen immer besseren Zugang zu Gesundheitsdiensten hatten. Die Einrichtung eines ländlichen Gesundheitsdienstes im Gesundheitsministerium weist darauf hin, daß man der Landbevölkerung den Vorrang einräumte. 1986 führte die Regierung den landesweiten Aktionsplan „Health for All“ ein, der die Richtlinien des Grundsatzpapiers „Chancengleichheit im Gesundheitswesen“ umsetzen sollte. Mit

diesem Dokumente wollte man den höchstmöglichen Gesundheitsstandard garantieren und die Bevölkerung an der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilhaben lassen. Diese Politik und Pläne waren in der Tat von großer Bedeutung und wurden auch zu einem gewissen Grad erfolgreich umgesetzt. Die Entscheidung der Regierung, die Wirtschaft zu liberalisieren führte leider zu massiven und negativen Veränderungen, die sich auf die Bevölkerung sehr ungünstig auswirkten. Seit der Einführung der Strukturanpassungsprogramme wurden die Regierungsausgaben für das Gesundheitswesen drastisch gekürzt. Der Druck hat durch die finanziellen Einschränkungen und die Inflation, durch den Bevölkerungszuwachs und die mit HIV/AIDS zusammenhängenden Krankheiten zugenommen. Das heißt, daß für herkömmliche Medikamente, für Beratung und präventive Gesundheitsdienste, für fachärztliche Einrichtungen, für geeignete Ausrüstung und Behandlung sowie für andere Komponenten eines qualifizierten Gesundheitsdienstes weniger Geld zur Verfügung steht, so daß ein im Aufschwung begriffener Gesundheitsdienst heute kaum mehr funktioniert. Es wird mit Besorgnis gesehen, daß trotz eines Interesses der Regierung an der Grundversorgung im Gesundheitswesens unverhältnismäßig große Ausgaben in die tertiären und höheren Ebenen des Gesundheitssektors fließen. Das kommt einer Minderheit der Bevölkerung zugute, nämlich den Städtern und den Wohlhabenderen. Nachdem jedes Jahr weitere Kürzungen vorgenommen werden, und die Dienste in immer geringerem Maß zur Verfügung stehen, werden die Arbeitsbedingungen für Krankenschwestern und Ärzte immer frustrierender, ja sogar riskant. Bis heute sind die Reformen im Öffentlichen Dienst, wie z.B. Motivations- und Ausbildungsprogramme zur Verbesserung der Effizienz beim Gesundheitspersonal, nicht umgesetzt. Schlechte Arbeitsmoral, niedrige Produktivität, unzulängliche Personalverwaltung und Verarmung von Fachkräften im Gesundheitswesen schreiten voran. Das führte dazu, daß qualifiziertes Personal vom öffentlichen Dienst in den Privatsektor überwechselt, und das in einer Zeit, wo dieser Sektor seine Dienste für die ländliche Bevölkerung, also für die Mehrheit des Landes, einschränkt. Das Gespenst einer allmählichen Privatisierung und Dezentralisierung von Gesundheitseinrichtungen geht um, was das Dienstleistungssystem im Gesundheitswesen in noch stärkerem Maße belastet. Der freie Zugang zum Gesundheitsdienst für alle wird kompromittiert, und dies führt zu einem Zwei-Klassen-System, in dem nur die Wohlhabenden in den Genuß der Gesundheitsfürsorge kommen. Als Christen sind wir unmittelbar aufgerufen, diese kritische Situation sorgfältig zu durchleuchten, so daß wir wieder Hoffnung auf eine Umgestaltung des Gesundheitssektors schöpfen können. Durch Lobbyarbeit und öffentliche Fürsprache sollten wir uns für einen gut funktionierenden Gesundheitssektor stark machen und sicherstellen, daß alle Menschen Zugang zu Gesundheitsdiensten haben. Die Zuwendung von enormen finanziellen Mitteln an das Verteidigungsministerium ist nicht zu rechtfertigen. Sie stellt eine absolute Verzerrung der Prioritäten dar. Da wir in einen teuren externen Krieg im Kongo verwickelt sind, leidet unser Volk unter einem erbärmlichen Gesundheitssystem. Unsere Kranken leiden und sterben. Die Einführung von „Nutzungsgebühren“ 1991-1992 führte dazu, daß die ohnehin unzulänglichen Dienstleistungen für die meisten Zimbabwer unerschwinglich wurden, vor allem für die Armen. Die Regierung hat die einheimischen Betriebe nicht für deren Lieferung von Medikamenten und Geräten an Krankenhäuser, Gesundheitsstationen und andere Einrichtungen bezahlt. Es ist deshalb schwierig, selbst die wichtigsten Dinge zu besorgen. Der gegenwärtige Stand der Dinge ist erbärmlich. In ländlichen Regionen gibt es kaum Anreize, die Ärzte oder Krankenschwestern bewegen könnten, dort zu arbeiten. Viele verlassen das Land und arbeiten in angrenzenden

Ländern, wo die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen besser sind. Dieser Exodus führt dazu, daß der enorme Personalmangel in Krankenhäusern und Krankenstationen inzwischen die Norm ist. Als Christen müssen wir der krassen Realität in bezug auf HIV/AIDS ins Auge sehen, und wir können es uns nicht leisten zuzusehen, wie unser Gesundheitssystem sich verschlechtert. Seit 1989 nahm die Zahl der HIV-Fälle von 119 auf 1,2 Millionen im Jahr 1998 zu, und es wird geschätzt, daß es eine Dreiviertel Million AIDS-Waisen gibt. Laut Umfragen im Jahr 1998 ist die Lebenserwartung von BürgerInnen Simbabwe von über 60 Jahren vor zehn Jahren auf zwischen 40 und 50 Jahre gefallen. Die Gefahr, in der sich unsere Jugend befindet, ist besonders beunruhigend. Angesichts des AIDS – Holocausts dürfen es Christen nicht hinnehmen, daß sich die Situation noch verschlimmert.

8. Bildung und Erziehung

Erziehung stellt einen wichtigen sozialen Bereich in Simbabwe dar. Nach der Unabhängigkeit führte die Regierung Erziehung und Bildung für die breite Bevölkerung ein, vor allem den gebührenfreien Besuch von Grundschulen. Simbabwe rühmt sich eines der fortschrittlichsten Erziehungssysteme in Afrika. Aufgrund der Volkszählung 1992 waren auf dem Land 37,5 % der Bevölkerung des Lesens und Schreibens mächtig, in den städtischen Gebieten erhöhte sich dieser Prozentsatz auf 92,4. Die Zahl der Sekundarschulen stieg von 179 im Jahr 1980 auf 1.529 im Jahr 1996. 1980 besuchten 0,074 Millionen Schüler eine Schule, 1986 waren es 0,75 Millionen. Diese Zahlen verschleiern jedoch die Ungleichheiten, die in bezug auf Geschlecht, auf den Zugang und auf die Qualität des Erziehungssystems existieren. Die Einführung von ESAP hat dem Bildungsbereich gegenwärtig die schlimmsten Erfahrungen beschert. Die Probleme, die den Erziehungs- und Bildungssektor betreffen, rühren daher, daß die Regierung die Mittel gekürzt hat. Die Forschung ist durch die knappen Mittel beeinträchtigt, und die gesamte Infrastruktur wie Werkstätten, Labore, Klassenzimmer, Büchereien und Lehrmaterial bedürfen dringend einer Überholung und Instandsetzung. Durch die Einführung von Strukturanpassungsprogrammen sah sich die Regierung genötigt, Schulgebühren zu erheben. Das führte dazu, daß es viele Familien immer schwerer haben, ihren Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen. In zunehmendem Maße ergeben sich soziale Probleme durch die vielen Schulabbrecher, was zu Prostitution, Kriminalität, Zunahme an Straßenkindern sowie zu sozialer Unzufriedenheit und Zwietracht führt.

Folgende wichtige Themen im Bereich Erziehung und Bildung können identifiziert werden:

- Fehlen einer umfassenden Bildungspolitik
- Frage des Zugangs zu Ausbildung
- begrenzte finanzielle Mittel und die Tatsache, daß 97 % der vorhandenen Mittel für Löhne und Gehälter ausgegeben werden. Trotzdem erhält der Erziehungssektor die höchsten Zuwendungen
- Relevanz der Lehrpläne
- Qualitätssicherung

- schleppende Erfolge in der Vorschulerziehung
- Ausgewogener Einsatz von Lehrern
- Mangel an Qualifikationen
- sich verschlechternde Infrastruktur
- Lehrerausbildung kann mit dem Bedarf nicht Schritt halten
- Schüler ohne Ausbildung gehen vorzeitig auf den Arbeitsmarkt
- 300 000 Schulabgänger pro Jahr sind arbeitslos.

Angesichts der oben genannten Unzulänglichkeiten, sollte die Regierung den Bildungssektor in dem Maße stärken, daß er auf die Entwicklungsziele des Landes abgestimmt ist. Das Land braucht eine ausgebildete und informierte Arbeitnehmerschaft. Alle Kinder haben ein Recht auf Grundschulbildung, ganz gleich, ob ihre Eltern dafür aufkommen können oder nicht. Maßnahmen zur Kostendeckung haben dazu geführt, daß Kinder aus den Städten in ländliche Schulen geschickt werden. Das verschärft die bereits bestehenden Schwierigkeiten, da die Qualität der Schulbildung in vielen ländlichen Regionen ohnehin schlecht war und nun die Ressourcen durch den Zustrom der städtischen Schülerinnen und Schüler noch mehr in Anspruch genommen werden. Für Lehrer gibt es kaum Anreize, in den vernachlässigten ländlichen Gebieten zu arbeiten, wo sie am meisten gebraucht werden. Obwohl es Richtlinien gibt, Lehrer an weniger attraktiven Schulen einzusetzen, bleiben die Lehrer dort aufgrund der miserablen Bedingungen nicht lange, was wiederum dazu führt, daß die Unterrichtsqualität sehr unterschiedlich ausfällt. Das Erziehungssystem sollte die Beseitigung von Elementen sozialer Ungleichheit in Angriff nehmen. Es steht fest, daß der Anteil von weiblichen und männlichen Schulbesuchern sehr unterschiedlich ist. Während im Grundschulbereich annähernd gleichviel Mädchen wie Jungen die Schule besuchen, fällt der Prozentsatz von Mädchen je höher die Ausbildungsstufe ist. Obwohl an der Universität von Simbabwe Mädchen bevorzugt eingeschrieben werden (Affirmative Action), liegt der Anteil weiblicher Studierender lediglich bei 33 %. Die Kürzung der Regierungssubventionen für Colleges und Universitäten hatte schwerwiegende Auswirkungen auf Bildung und Forschung. Schlechte Arbeitsbedingungen sind die Regel, das Dokumentationssystem verschlechterte sich, das Niveau sowohl der Dozenten als auch der Studenten ist gleichbleibend niedrig. Die Einführung einer Studiengebühr für Hochschulstudenten bringt für viele Familien ebenfalls Entbehrungen mit sich. Der 1994 eingeführte Social Dimension Fund (SDF), durch den Studien- und Prüfungsgebühren für arme Kinder gedeckt werden sollten, war nicht sehr hilfreich. Er konnte den Grundbedarf bei weitem nicht decken. Zusätzliche Ausgaben für Schulbesuch wie Gebühren, Unterrichtsmaterialien, Schulkleidung und anderes wurden nicht berücksichtigt. Laut Studenten aus einkommensschwachen Familien ist es schwierig, an Ausbildungsförderungsgelder heranzukommen. Reform des gesamten Ausbildungssystems und die Kommission für Erziehung und Berufsbildung Wir müssen das gesamte Erziehungssystem reformieren, wenn wir kritische und motivierte Schulabgänger und Studenten hervorbringen wollen, die gut auf die Welt von heute vorbereitet sind. Grundlegende Änderungen sind vonnöten, wenn wir Erziehung als eine langfristige Investition in Personalressourcen

betrachten. Es ist nun schon 36 Jahre her, seit eine nationale Kommission zum Bildungswesen eingerichtet wurde, die Judges Kommission von 1962. Wir begrüßen deshalb die kürzliche Bildung der Kommission für Erziehung und Berufsausbildung in Simbabwe - nunmehr 18 Jahre nach der Unabhängigkeit. Die Beratungskommission für Erziehung und Berufsausbildung wurde durch Präsidentenerlaß am 2. Januar 1998 eingerichtet, um eine Übersicht über das Erziehungs- und Berufsbildungswesen in Simbabwe zu erstellen. Die Kommission hat die Aufgabe, das Bildungssystem mit der Zielsetzung zu untersuchen, welche gangbaren Schritte erfolgen sollten, um unter anderem in einer raschen Globalisierung der Weltwirtschaft zu bestehen. Abgesehen von der Frage des globalen Wandels sollte die Kommission Änderungen vorschlagen, die den Erfordernissen einer liberalisierten Wirtschaft entsprechen. Das Themenspektrum für die Untersuchungen der Kommission umfaßte:

- a) Relevanz, Qualität und Ausrichtung des überkommenen Erziehungssystems angesichts des raschen sozialen und wirtschaftlichen Wandels;
- b) Bedarf an Erziehung und Berufsausbildung und Erwartungen am Beginn des 21. Jahrhunderts unter Berücksichtigung globaler Konkurrenz im Informationszeitalter;
- c) grundlegende Änderungen für bestehende Ausbildungsgänge auf allen Ebenen;
- d) Einrichtung einer angemessenen Struktur für Organisation und Management der Erziehungs- und Berufsausbildungssysteme mit besonderer Berücksichtigung ihrer institutionellen Kapazität, sowie Erfordernisse für Verwaltung, Finanzierung und Gesetzgebung bei der Dezentralisierung von Aufgaben auf regionale und Ortsebene;
- e) Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter beim Zugang zu Bildung auf allen Ebenen und die Formulierung von angemessenen Umsetzungsmaßnahmen. Die Regierung bekräftigte wiederum ihre Absicht zur Reform des Bildungswesens in ZIMPREST. Dort wird ein dauerhaftes Engagement zur Entwicklung menschlicher Ressourcen durch Kombination von staatlichen Programmen und privaten Initiativen vorgeschlagen, um Ausbildungsaufgaben ausreichend zu finanzieren.

Die Vorschläge in ZIMPREST zielen auf

- verbesserte Kapazitätsauslastungen und verminderten Unterhaltungskosten im Bildungssektor;
- Rationalisierung zentraler Verwaltungsstrukturen und Entwicklung einer zusammenhängenden Strategie zur Übertragung von dezentraler Managementverantwortung auf Bildungsinstitutionen und Kommunen;
- Verbesserung der Relevanz von Ausbildungsgängen für die Wirtschaft und Verbesserung der Fähigkeit von Schulabgängern und Graduierten, eine auskömmliche Beschäftigung zu erhalten;
- verbesserter Zugang zu Bildung für benachteiligte Gruppen, insbesondere Mädchen;

- Untersuchung der Möglichkeit zum Teilen von Kosten und Nutzen bei den verschiedenen Ausbildungsebenen und
- Angebote zur Erwachsenenbildung und Möglichkeiten zu lebenslangem Lernen.

Als Christen müssen wir das Schwergewicht der Regierung auf Reform zur Anpassung des Bildungssystems an wirtschaftliche Erfordernisse ergänzen. Es ist natürlich grundlegend erforderlich, die Position Simbabwes im Informationszeitalter innerhalb des globalen Dorfes zu stärken. Wissenschaftliche und technologische Forschung und Entwicklung müssen durch ein angemessenes Erziehungs- und Ausbildungssystem unterlegt werden. Wenn die Kommission 1998 in Harare und anderswo berät, ist es wichtig, lokale Gruppierungen, wirtschaftliche, religiöse und berufsständische Organisationen, Einrichtungen aus dem Hochschulbereich und einfache Bürger zu ermutigen, sich mit dem Thema zu befassen. Angesprochen werden muß der Problembereich von unterprivilegierten Kindern auf Großfarmen zusammen mit den Farmbetreibern. Die Kirchen sollten ihren angemessenen Platz bei Erziehung und Ausbildung im Land einfordern.

9. Umwelt und Ressourcen- Management

Unsere natürlichen Ressourcen sind ein kostbares Erbe, und Umweltschutz sollte, trotz aller Belastung im Alltag, für jeden von uns ein Anliegen sein. Wir müssen die Vergeudung von Ressourcen verhindern. Wenn wir alle unsere Haushalterchaft ernst nehmen, stehen Land und Wasser für alle in ausreichender Menge zur Verfügung. Diejenigen, die sich dieser und anderer Ressourcen erfreuen können, haben die Pflicht, durch sorgfältige Nutzung, verringerten Verbrauch und Recycling mit gutem Beispiel voranzugehen. Insbesondere Christen tragen die Verantwortung, für die Bewahrung von Gottes Schöpfung richtungsweisend zu sein. In kargen Regionen führt Armut zu einer Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen (Ressourcen-Degeneration), und das Fehlen von natürlichen Ressourcen, wie z.B. fruchtbares Land, Wasser und Bäume, wiederum verstärkt die Armut. Angesichts dieser Realität muß der Slogan "Re-use, Re-duce, and Re-cycle" (Wiederverwendung, Einsparen und Wiederverwertung), zur festen Regel werden. Nachhaltige Aufforstungsprogramme unter der Mitwirkung der Kommunen vor Ort sollten gefördert werden. Die Suche nach alternativen Brennstoffen anstelle von Feuerholz muß vorangetrieben werden. Landnutzung muß nachhaltig erfolgen und anfällige Regionen vor Übernutzung und Erosion schützen. Städtische Gebiete sind einer Umweltverschmutzung ganz besonderer Art ausgesetzt, wie z.B. nachlässige Abwasser- und Industrieabfall-Beseitigung und die uneingeschränkte Emission von giftigem Rauch und Abgasen aus Industrieanlagen und Autos. Der zunehmende Giftgehalt der Luft bedroht die Gesundheit aller, die sie einatmen. Besonders Kinder und alte Menschen sind für Krankheiten der Atemwege anfällig. Diese nachteiligen Auswirkungen führen zu Arbeitsausfällen und beeinträchtigen die Leistungen von Schulkindern. Die Folgekosten für die ärztliche Behandlung sind eine zusätzliche Belastung für die unteren Einkommensschichten. Einige ländliche Regionen leiden unter einer spezifischen Form der Umweltbelastung, wie z.B. Bergbaurückstände, Erosion durch Goldwäscherei und in einigen Grenzgebieten auch Landminen. Durchgreifende Gesetze, gepaart mit politischem Anreiz und wirtschaftlichen Ressourcen, sind nötig, um die Umwelt auf lokaler Ebene zu bewahren und zu schützen. Die Kirche sollte hier Vorbildfunktion übernehmen, indem sie Bäume pflanzt, energiesparsam wirtschaftet und nach Möglichkeit alternativ gewonnene

Energie aus Sonne und Wind und anderen natürlichen Ressourcen nutzt. Sie sollte sich in ihren Lehraussagen verstärkt zu Haushalterschaft äußern und die staatlichen und kommunalen Regierungsfunktionäre auffordern, bei anstehenden Planungen und Entscheidungen dem Umweltschutz Priorität einzuräumen. Zukunftsfähiges Management von erneuerbaren Ressourcen ist das Leitbild Um unserer Umwelt keinen Schaden zuzufügen, z.B. durch Überweidung und Monokultur, ist eine gute landwirtschaftliche Organisation und Praxis notwendig. Die Verschlammung von Flüssen muß verhindert werden. Wasser-Ressourcen müssen geschützt und sorgfältig und fair genutzt werden, damit sie der gesamten Bevölkerung zugute kommen. Fairer Zugang zu Wasser aus Flußläufen und Staubecken ist ein wichtiges Anliegen, das sehr bald aufgegriffen werden muß. Wasser ist lebenswichtig für Entwicklung. In vielen Regionen müssen Wasservorkommen für häusliche, landwirtschaftliche und industrielle Zwecke weiter erschlossen werden. Mit unseren Landesnachbarn müssen Abkommen über Wassernutzungsrechte geschlossen werden, damit das Wasser unter den betroffenen Ländern und Völkern auf faire Weise geteilt wird. Die Entwicklung im Bergbau stellt ein besonderes Problem dar, da Bodenschätze nicht erneuerbar sind. Deshalb ist es unerlässlich, daß in den Bergbauregionen eine Diversifizierung und Dezentralisierung von Industrien stattfindet, damit die Lebensfähigkeit dieser Gebiete langfristig gesichert werden kann. Eine standortnahe Weiterverarbeitung unserer Ressourcen wäre für die regionale Situation günstig, geschieht aber in Simbabwe bei weitem zu wenig. In vielen Fällen (die Hartley Platin Mine ist nur ein Beispiel) werden die Rohstoffe zur Weiterverarbeitung exportiert. Es muß ganz besonders darauf geachtet werden, daß die Gemeinden vor Ort vom Bergbau und anderen Unternehmungen profitieren und daß die unmittelbare Umwelt erhalten bleibt. So fördert z.B. der Distrikt Mberengwa Smaragde und kommt trotzdem aus der Armut nicht heraus. Das gleiche gilt für den Distrikt Mutoko, obwohl dort Marmor gebrochen wird (hauptsächlich für den Export) sowie für die Zuckerrohranbauggebiete in Triangle. Auch wenn sich Regierung, kommunale Behörden sowie Industrie und Landwirtschaft in besonderer Weise einem guten Management unserer Ressourcen verpflichtet fühlen, so müssen doch auch wir uns dafür verantwortlich fühlen. Es ist zu unser aller Nutzen. Streng genommen gehört es zu unserer Haushalterschaft für Gottes Schöpfung (Gen 1, 26-30) und sollte unser Bemühen zum Ausdruck bringen, unseren Nächsten so zu lieben wie uns selbst.

10. Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmertum

Die Arbeitslosigkeit in unserem Land hat Dimensionen angenommen, die nicht mehr akzeptabel sind. Das wirtschaftliche Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen können die Zahl der Schulabgänger und Arbeitssuchenden bei weitem nicht auffangen. Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze muß sowohl für die Regierung als auch für die Privatwirtschaft Priorität haben. Es muß ein Klima geschaffen werden, das besonders im einheimischen Bereich allen aufstrebenden Unternehmern fairen Zugang zu Geldmitteln ermöglicht. Wir müssen die im Ausland lebenden Simbabweer ermutigen, in ihrem Heimatland zu investieren. Wenn sich das Konzept der Förderung von Einheimischen nur auf wenige beschränkt, so ist es elitär und fördert soziale und wirtschaftliche Ungleichheit. Der informelle Sektor gewinnt zunehmend an Bedeutung. Lokale und nationale Regierungen müssen das horizontale und vertikale Wachstum dieses Sektors fördern, der viele junge Leute absorbiert, die ansonsten arbeitslos wären. Erschwingliche Pachten und Werkstattmieten und das Vermitteln von Vermarktungsstrategien würde diesen

Kleinunternehmern sehr zugute kommen. Die Förderung der einheimischen schwarzen Bevölkerung spielt eine zentrale Rolle für eine durchgreifende Armutsbekämpfung durch Industrialisierung. Weder Kolonialsystem noch die sozialistische Rhetorik der Regierung Simbabwe von 1980 bis 1990 ermutigte offen die Herausbildung einer schwarzen einheimischen Klasse, die der Mehrheit dazu verhelfen könnte, nicht nur Verbraucher von anderswo erzeugten Produkten zu sein. Mit dem Beginn der wirtschaftlichen Liberalisierung sind für die Mehrheit neue Möglichkeiten entstanden, Produzenten zu werden. Angesichts der zunehmenden strukturellen Armut, von Arbeitslosigkeit und Not engagiert sich die Mehrheit der Simbabwe massenhaft im informellen Wirtschaftssektor, um in der harten Marktwirtschaft zu überleben. Nachdem sie eigenständig in die Produktion eingestiegen sind, fanden sich diese Kleingewerbetreibende von politischer Förderung wie von Strategien zu Indigenisierung und Affirmative Action ausgeschlossen. Die Gründung des Einheimischen Wirtschaftsförderungszentrums (Indigenous Business Development Centre) und der Affirmative Action Group in den '90 Jahren zielte nicht auf eine breite Basis sondern diente dem sehr begrenzten Interesse einer Gruppe von Unternehmern mit guten Verbindungen zu staatlichen Stellen zugunsten der eigenen Wohlstandsmehrung. Nachdem die Regierung nun einen neuen Politikentwurf zur Indigenisierung vorgelegt hat, muß sichergestellt werden, daß dieser Entwurf in erster Linie der wirtschaftlichen Stärkung der bisher an den Rand gedrängten Mehrheit dient. Für Christen ist die Bürgerbeteiligung bei der wirtschaftlichen Entwicklung von überragender Bedeutung. Dabei wird man annehmen müssen, daß dieser Prozeß lange benötigt, um soziale Ungleichheit zu beseitigen. Erstrangige Aufmerksamkeit muß dabei der Armutsbekämpfung dienen.

11. Wohnungsbau

Menschen sind nach dem Ebenbild Gottes geschaffen, und sie verdienen Achtung und Würde (Gen 1, 26). Zum Recht des Menschen gehören Schutz und Unterkunft. Ein Heim ist ein Ort, an den man sich zurückzieht, wo man sein Haupt niederlegt, um sich auszuruhen und zu regenerieren, und wo man seine Träume träumen darf. Zur Wohnung gehören eine ausreichende Privatsphäre, Raum, Sicherheit, Licht und Belüftung. Wir begrüßen es, daß die Regierung durch das Ministerium für staatliche Bauvorhaben und Wohnungsbau (MPCNH) den Wohnungsbau fördert. Auch Wohnungsbaugesellschaften und NROs setzen sich dafür ein, daß zusätzlicher Wohnraum zur Verfügung steht. Wir beklagen die Praxis, daß Regierungsangestellte und einflußreiche Leute einige dieser Häuser an sich nehmen. Die Korruption in den Zuteilungsbehörden führte dazu, daß viele Arme leer ausgehen. Wir drängen darauf, daß gut gebaute und für Familien ausreichend große Häuser erstellt werden, in denen man angenehm und glücklich wohnen kann und die genügend Möglichkeiten für eine zukünftige Erweiterung bieten. Solche Unterkünfte müssen für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. Trotz bisheriger Anstrengungen ist Simbabwe weiterhin mit dem Problem der Landlosigkeit und Obdachlosigkeit konfrontiert. In den Städten nimmt die Zahl der Straßenkinder zu. Auf dem Land wird den Menschen gesagt, daß das Land, auf das sie Anspruch erheben, nicht ihnen gehört und daß sie es deshalb nicht bebauen und bewirtschaften können. Oft gibt es keinen Strom, weder sauberes Wasser noch Kanalisation – was eine Bedrohung für die Gesundheit darstellt. Insbesondere Frauen und Kinder leiden unter dieser Situation. Es ist oft schwierig, für Kinder eine Unterkunft zu finden. Den Landlosen sollte Land zugeteilt werden, so daß sie mit den vor Ort vorhandenen Materialien ordentliche Häuser bauen können. Überall wo Leute sich niederlassen oder bereits wohnen, müssen

ausreichende sanitäre Voraussetzungen geschaffen werden, z.B. indem man Gruben für Latrinen aushebt und Wasserlöcher bohrt. 12. Armut Als Christen sollten wir materielle Armut nicht als gottgegebenen Segen betrachten. Vielmehr ist Armut angesichts des großen und ungleich verteilten Reichtums ein Skandal, den Simbabwe nicht auf sich beruhen lassen darf. Für viele Menschen in unserem Land ist Armut ein alltägliches Problem – sie sorgen sich darum, wie sie ihre Kinder ernähren sollen. Wir müssen uns mit der Armut befassen – nicht auf einer theoretischen oder abstrakten Ebene, sondern ganz konkret, so wie sie sich durch die zunehmende Zahl an Straßenkindern, Bettlern und fliegenden Händlern darstellt. Selbst diejenigen, die ein Dach über dem Kopf haben, sind zunehmender Verarmung ausgesetzt und haben immer weniger Geld, um auch nur das Notwendigste zu kaufen. Gesundheit und Bildung bleiben auf der Strecke, weil die Haushalte ihr mageres Einkommen für Miete und Essen aufsparen müssen. Nach der Armutsumfrage von 1994 müssen 72 Prozent der Haushalte im ländlichen Simbabwe als arm bezeichnet werden, verglichen mit 46 Prozent in städtischen Gebieten. Besonders betroffen macht, daß vor allem Frauen von der Armut betroffen sind. Haushalte, denen eine Frau vorsteht repräsentieren nach dieser Erhebung etwa 37 Prozent aller Haushalte und weisen eine höhere Armutsanfälligkeit auf als Haushalte mit einem Mann als Verantwortlichem. Etwa 74 Prozent der von einer Frau geleiteten Haushalte sind arm, verglichen mit 57 Prozent mit einem männlichen Haushaltsvorstand. Frauen werden immer mehr damit belastet, ihre armen Familien zu unterstützen. Viele arbeiten sowohl zu Hause als auch außer Haus Sie haben so gut wie keine Ruhe oder Freizeit.. Die Gesundheit und das Wohlergehen der Frauen sind durch die alltägliche Aufopferung für ihre Familien angeschlagen. Es liegt in unserer Verantwortung, einen Wandel in einer Welt herbeizuführen, in der die Armen von ihren wohlhabenden Nachbarn ausgestoßen und entwürdigt werden. Die Verantwortung wiegt noch schwerer, wenn wir selbst zu den wohlhabenden Nachbarn gehören.

III. GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER UND JUGEND

1. Einleitung

Als Christen glauben wir, daß Gott alle Menschen schuf, damit sie in Gleichheit und Gerechtigkeit zusammen leben. Soziale, politische und religiöse Unterschiede sollten uns nicht trennen. Hautfarbe und ethnische Herkunft sollten uns nicht auseinanderbringen. Wir sind aufgerufen, als Kinder Gottes im Geist der Toleranz und Einheit zu leben (Gal 3, 28-29.) Christliche Männer und Frauen sollten sich auf keine Weise gegenseitig diskriminieren. Jedes Mitglied der Gesellschaft sollte sich angenommen und geschätzt fühlen. Die jüdische Religion und Kultur wie sie im Alten Testament und zur Zeit Jesu beschrieben werden, waren zutiefst patriarchalisch. Nur Männer zählten. Als Frau geboren zu werden, war von Nachteil. Frauen und Kinder zählten nicht. Sie konnten sich nicht den Schriftgelehrten anschließen, sie konnten nicht den Pharisäern, Sadduzäern oder anderen Gruppierungen angehören. Ehrenplätze in Andachtsstätten, den Synagogen, oder am Tisch waren Männern vorbehalten. Frauen wurden aus dem Mittelpunkt weggedrängt. Die Rolle der Frau beschränkte sich darauf, ihrem Ehegatten sexuelle Befriedigung zu verschaffen und Kinder zu gebären. In einer Gesellschaft, wo Männer das Recht hatten, die Frauen zu beherrschen, kehrte Jesus die Verhältnisse um. Jesus verabscheute Unterdrückung jeder Art, und er verabscheute die Unterdrückung der Frauen durch die Männer. Die religiöse und politische Elite betrachtete Jesu Haltung den Frauen

gegenüber als Skandal. Er sprach den Frauen dieselbe Wertschätzung und Würde zu wie den Männern. Unter seinen Nachfolgern und Freunden waren auch Frauen (Mk 15; 14, 40-41; Lk 8, 2-3; Joh 11, 5; 20, 11-18). Er setzte sich über alle kulturellen Grenzen hinweg, als er mit einer ausländischen Samariterin Freundschaft schloß (Joh 4, 7-9). Er sprach öffentlich zu einer kranken Frau, berührte sie und heilte sie und setzte sie mitten in der Synagoge auf einen Platz, der für Männer reserviert war. Er nannte sie "Tochter Abrahams", ein Begriff, der in der Bibel einmalig ist, da die Juden normalerweise nur von den "Söhnen Abrahams" sprachen (Lk 13, 12-16). Jesus weigerte sich, sich den Klischees der jüdischen Gesellschaft seiner Zeit anzubiedern. Er konnte es nicht akzeptieren, daß die Wertschätzung, die man seiner Mutter entgegenbrachte, daraus hervorging, daß sie die Mutter eines außergewöhnlichen Mannes war. Vielmehr bestand er darauf, daß ihre Größe in ihrer Fähigkeit lag, das Wort Gottes zu hören (Lk 11, 27-28). Die ersten Zeugen der Auferstehung waren Frauen. Noch heute findet in Simbabwe diese Art von geschlechtsbezogenen Unterdrückung statt. Sie ist anzutreffen im Familienleben, in den sexuellen Beziehungen, im Bildungswesen und im Beruf. Den Frauen schiebt man untergeordnete Rollen zu, ob in der Wirtschaft, im sozialen und politischen Leben oder im Leben der Kirche. Über das Bild, das man in der afrikanischen Gesellschaft vom Mann als Haushaltsvorstand hat, muß neu nachgedacht werden und es muß im Licht der ersehnten Befreiung der Frauen von allem was sie bindet und versklavt, revidiert werden. Erst die nächste Generation wird die Errungenschaften dieser Bewegung für mehr Würde und Gleichheit zwischen Mann und Frau erfahren können. Die Jugend von heute sind die Erwachsenen von morgen. Sie freuen sich auf eine bessere Zukunft, wo Jungen und Mädchen Männer und Frauen werden, die in ihrer Würde und Achtung gleichgestellt sind. Die Botschaft und das Zeugnis Jesu beflügeln die Frauen in ihrem Kampf für Emanzipation. Allein können sie diesen nicht führen. Sie brauchen die Unterstützung von Männern. Männer sollten begreifen, daß auch sie befreit werden müssen. Um Frieden und Stabilität in unserer Gesellschaft fest zu verankern, müssen grundlegende Werte wie Würde und Gerechtigkeit hochgehalten werden. Es gibt viele Hinweise auf Ungleichheit und Unterdrückung in unserer Gesellschaft. Wir haben zwar die Rechte aller Simbawwer im Blick, denken aber, daß die Ungerechtigkeit Frauen und Jugendlichen gegenüber den Frieden in unserem Land besonders beeinträchtigt und uns davon abhält, unsere Entwicklungsziele zu erreichen.

2. Beziehung zwischen den Geschlechtern

In unserer Gesellschaft und Kultur wurden Frauen und Männern bestimmte Rollen und Verhaltensmuster aufgezwungen, was dazu führte, daß sie sich in Klischees verstricken, die die Würde verletzen und die Freiheit beschneiden. Die Ursache einiger sich in unserer Gesellschaft zutage tretender Probleme liegt in der ungleichen Verteilung von Macht zwischen Männern und Frauen. Traditionellerweise hat der Mann die Kontrolle über die Ressourcen zu Hause und bei der Arbeit. Dies gibt ihm eine Machtfülle, an die kaum eine Frau herankommt. Er hat das letzte Wort bei allen die Familie betreffenden Entscheidungen. Der Status der Frau in der Gesellschaft ist eher unbedeutend, und in vielen Fällen werden ihre Rechte beschnitten. Diese Unausgewogenheit in unserer Gesellschaft muß korrigiert werden. Man muß den Mädchen die Chance zur Verwirklichung ihrer Fähigkeiten geben und den Frauen die Möglichkeit zur Weiterbildung und Förderung, damit sie anspruchsvollere Berufe ergreifen können. Gott hat Mann und Frau geschaffen, damit sie ihr Leben gemeinsam gestalten und gleichberechtigten Zugang zu Menschenrechten und Ressourcen haben. Von der Frau wird erwartet, daß sie ihrem Ehemann treu ist. Das Gleiche muß umgekehrt vom Mann erwartet werden. Trotz der christlichen Norm der Einehe ist es für einen Mann üblich, neben seiner Ehefrau

noch andere Partnerinnen zu haben, ohne deshalb etwas befürchten zu müssen. Die Frauen müssen zu Hause oft physische Gewalt erdulden. Die Männer stellen es so dar, daß sie ihre Frauen lediglich disziplinieren, und sogar die Gerichte betrachten solche Fälle als "häusliche Angelegenheit" und nicht als Straftat. Es gibt viele Formen der Gewalt – Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch, Belästigung, Gewalt in Verbindung mit traditionellen Praktiken. Kultur und Religion formen Frauen im Prozeß der Sozialisierung dazu, den Männern gegenüber unterwürfig zu sein. Von Kindesbeinen an wurden Jungen und Mädchen auf unterschiedliche soziale Rollen vorbereitet. Im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen haben Mädchen weniger Zugang zu Bildung. Ihnen wird nahegelegt, sich um den Haushalt zu kümmern und sich auf eine frühe Heirat und Mutterschaft zu freuen. Spätere Auswirkungen bringen es mit sich, daß unverheiratete und kinderlose Frauen stigmatisiert werden. Auch werden ihnen in ihrer Berufslaufbahn die weniger anspruchsvollen Stellen zugewiesen, während die Männer auf höher dotierte und einflußreichere Posten kommen. Lobola/Rooro - Kommerzialisierung der Heirat Ursprünglich war Lobola als Zeichen der Dankbarkeit von Seiten des Bräutigams gedacht, der der Familie der Braut bei der Hochzeit Geschenke überreichte. Es sollte nicht als Symbol für die Unterlegenheit der Frau verstanden werden. Leider ist der Brauch der "Lobola" in unserer Gesellschaft zu einer Kommerzialisierung der Heirat verkommen. Wenn eine Braut etwas mehr Schulbildung hat, oder wenn die Eltern ihr Kind nur unter großen Mühen erziehen konnten, muß der Bräutigam mehr bezahlen. Solche Praktiken tragen zur Unterdrückung der Frau durch den Mann bei. Der Bräutigam und seine Familie behandeln die Braut nicht als gleichwertiges menschliches Wesen, sondern als gekauftes Eigentum. Wenn die Eltern die Braut an den Bräutigam weiterreichen, sollten sie nicht so sehr die Lobola in den Mittelpunkt stellen, sondern vielmehr die auf Liebe und Partnerschaft basierende Beziehung, wie sie in einer christlichen Ehe beabsichtigt ist. In ihrer jetzigen Ausprägung ist die Lobola insofern problematisch, als es den jungen Männern oft nicht möglich ist, die oft übermäßigen Geldforderungen aufzubringen. Statt dessen ziehen sie mit ihrer Braut nur zusammen, ohne daß die Ehe formell geschlossen wird. Das wiederum führt zu instabilen Partnerschaften, die auseinandergehen und damit zu alleinerziehenden Eltern und zu zerrütteten Familienverhältnissen. Lobola muß nicht unbedingt abgeschafft werden, aber der Brauch sollte doch als Zeichen der Anerkennung verstanden werden und nicht als der Verkauf einer Frau. Gewalt, Vergewaltigung und sexuelle Belästigung Zunehmende Gewalt von Seiten der Männer, Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt sind nicht hinnehmbar und müssen als kriminell gebrandmarkt werden. Obwohl die Gewaltanwendung überwiegend von Männern ausgeht, finden wir, daß die Männer oft selber gesellschaftlich unter Druck stehen. Christen werden über die biblische Lehre nachdenken, wonach alle Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind. Jeglicher Mißbrauch von Frauen ist eine Sünde vor Gott. Sexueller Mißbrauch und andere Formen von Gewalt verletzen zugleich die Würde der Männer. Durch Mißbrauch werden Männer und Frauen ihrer Menschlichkeit und der Erfüllung beraubt, die sie als Volk Gottes für einander und aneinander entdecken müssen. Die Kirchen haben die vorhandenen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft, durch die sie ihren Gemeindegliedern helfen können, sich gegenseitig in ihrem Menschsein anzuerkennen. Noch ist es nicht zu spät, die Männer aufzufordern, sich zu ändern, die Verantwortung für das unmoralische und kriminelle Verhalten anderer Männer zu übernehmen. Die Kirchen, alle Christen, die Führungspersönlichkeiten und das Volk unseres Landes tragen die Verantwortung dafür, daß Gesetze erlassen und Aufklärungsmaßnahmen zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern

durchgeführt werden. Gewalt gegen jegliche schwache und schutzlose Gruppierung kann nicht toleriert werden. Gleichberechtigung der Geschlechter in der Kirche Das Problem der Ungleichheit muß auch in der Kirche angegangen werden. In manchen Kirchen werden bestimmte Ämter nur an Männer übertragen und nicht an Frauen. Stellen in der Verwaltung und in Kirchenräten werden in der Regel von Männern besetzt. Das spiegelt Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern wieder, die dem Wunsch und Plan Gottes für die Menschheit widersprechen. Es gibt Kirchen, die Frauen diskriminierende Richtlinien geändert haben, während andere die Heilige Schrift so eng auslegen, daß Frauen dadurch diskriminiert werden, und ihnen eine aktive Teilnahme an der Leitung des kirchlichen Lebens vorenthalten bleibt. Das geschieht trotz der Hinweise in der Bibel auf die wichtige Rolle der Frauen (z.B. Deborah, Maria, Martha). Dort wo Frauen ordiniert werden, haben einige Männer und Frauen eine ablehnende Haltung gegenüber den weiblichen Geistlichen zutage gelegt. Die Kirche muß ermutigt werden, im Blick auf die Themen der Gleichberechtigung der Geschlechter eine führende Rolle zu übernehmen. Das eigene Verhalten und entsprechende Praktiken müssen revidiert werden Sie müssen die Achtung und die Gerechtigkeit gegenüber Frauen widerspiegeln, insbesondere da die Kirche die Gesellschaft auffordert, sich einfühlsam mit der Problematik der Gleichberechtigung der Geschlechter zu befassen. Gleichberechtigung und Bildung Die Geschlechterdiskriminierung spiegelt sich auch in den Erziehungsvorstellungen unserer Familien wider. Manche Eltern gestehen ihren Töchtern nicht die gleichen Bildungschancen zu. Auch wenn sie noch so aufgeweckt sind, wird ihnen der Schulbesuch nicht erlaubt. Andere Familien erlauben ihren Töchtern den Schulbesuch bis zur Klasse 7 (grade seven), manchen bis zur Mittleren Reife, auch wenn sie über größere Begabung und mehr Ehrgeiz verfügen als ihre Brüder. Das Argument, das gegen die Schulbildung weiblicher Kinder vorgebracht wird, ist, daß diese heiraten und das Haus verlassen, während männliche Kinder Mitglieder der Familie bleiben. Die Schulbildung von Mädchen wird als Geldverschwendung angesehen, um so mehr nachdem unter den Strukturanpassungsprogrammen die Schulgebühren teurer werden. Es ist bemerkenswert, daß Töchter öfter am Ende ihre Eltern versorgen als Söhne, selbst wenn die Eltern ihnen keine Schulbildung angedeihen ließen. Dieses Problem muß in Wort und Tat angegangen werden. Alle Kinder sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen erhalten. Als eine christliche Gemeinschaft müssen wir uns selbst dazu erziehen, die Rechte von Mädchen anzuerkennen: das Recht auf Erziehung und das Recht dazu befähigt zu werden, zur eigenen Unabhängigkeit als Erwachsene beizutragen und ebenso zum Wohlergehen von Simbabwe als einer Nation.

3. Familie

Die Bezeichnung "Familienvorstand" sollte nicht mißbraucht werden, ebensowenig die Macht, die viele Menschen damit verbinden. Nicht alle Familienvorstände sind Männer, zunehmend übernehmen Frauen diese Rolle. Der Beitrag der Frauen für den Familienunterhalt muß anerkannt und respektiert werden. Einige überkommene Traditionen stehen im Widerspruch zum Recht auf Würde, das alle Familienangehörigen haben. In allen Angelegenheiten im Leben einer Familie sollen die biblischen Imperative für Gerechtigkeit und Gleichheit der Maßstab sein. Erbschaftspraktiken haben großes Leid und Unge- rechtigkeit heraufbeschworen. Wenn ein Mann stirbt, wird sein gesamter Besitz oft an seine Familie vererbt, so daß seine Witwe und Kinder verarmen. Eine Gemeinschaft, die die Rechte aller ihrer Mitglieder achtet und schützt, darf solche Praktiken nicht zulassen.

4. Jugend

Viele unserer jungen Leute im Alter von 13 bis 30 sind in dem Dilemma zwischen moderner oder westlicher Kultur und den einheimischen Kulturen verstrickt. Sie werden nicht bestärkt, das Beste von jeder dieser Kulturen und Traditionen schätzen zu lernen. Vielmehr leiden viele Jugendliche unter jeweils deren schlimmsten Folgen. Wenn sie sich westlichen Ideen und Werte zuwenden, werden traditionelle Werte für die Gemeinschaft und den Familienzusammenhalt häufig untergraben, insbesondere im städtischen Bereich. Viele junge Leute wachsen in einer neuen Gesellschaft auf, wo die Familie eine untergeordnete Rolle spielt. Kinder werden wegen Scheidung, Tod oder Trennung von einem Elternteil erzogen. Da sie vom Leben noch nicht viel verstehen, fehlen diesen jungen Menschen Vorbilder. Da die Großfamilie im Zusammenhang mit der Verstädterung immer weiter in den Hintergrund tritt, erhalten sie kaum mehr Ratschläge und Aufklärung von den Tetes, Ambuvas und Sekurus, und in den Schulen und kirchlichen Jugendgruppen wird kaum sexuelle Aufklärung geboten. Deshalb sind sie bei diesen schwierigen Herausforderungen auf sich alleine gestellt. Wir haben Jugendliche, die selbst alleinerziehend oder junge Eltern sind und zwar aus Unerfahrenheit, Gruppendruck und fehlender Führung. Junge Mädchen werden oft stigmatisiert, wenn sie schwanger werden und müssen die Schule verlassen. Dadurch können sie dann selbst nicht für ihre Kinder sorgen: Und so schließt sich der Teufelskreis von Unerfahrenheit und Armut. Als Eltern müssen wir verstehen, in welcher Zeit unsere jungen Leute leben und ihnen helfen, einen sicheren und gedeihlichen Platz zu finden, wo sie Teil der Gemeinschaft sein können, einer Gemeinschaft, die Redlichkeit hochhält und ihre jungen Menschen achtet. Wenn wir unsere jungen Menschen und unser Land lieben, laßt uns ihnen zur Rettung eilen und ihnen helfen, Lösungen in der komplexen Welt zu finden, in der sie leben. Die Jugend muß über ihr soziales Umfeld und ihr Wohlergehen aufgeklärt sein. Es muß ihnen das Gefühl der Hoffnung vermittelt werden, Hoffnung für ihr Leben, für ihre Familie und Hoffnung für ihre Zukunft. Eine gut informierte Jugend ist gleichbedeutend mit einer Gesellschaft in Simbabwe, die ihr Geschick in die eigene Hand nehmen kann. Diese Probleme sollten von der Regierung, der Kirche und den Eltern aufgegriffen werden. Die Minister für Erziehung und Gesundheit sowie für Jugendfürsorge müssen aufgerüttelt werden, damit sie ein wirksames und umfassendes Bildungsprogramm für junge Leute initiieren. Die Kirchen sollten ebenfalls Erziehungsprogramme anbieten, die die Probleme der Jugendlichen aufgreifen.

5. Gesundheit

Heute haben viele Jugendliche in Simbabwe Gesundheitsprobleme, die es in der Vergangenheit nicht gab. Es wird geschätzt, daß in Simbabwe 1,5 Millionen Menschen HIV positiv sind, und daß 700 Menschen jede Woche an AIDS sterben. Die Situation ist in der Tat sehr kritisch, und es ist dringend erforderlich, etwas dagegen zu unternehmen. Es ist schmerzlich mit ansehen zu müssen, daß 70 Prozent derjenigen, die an AIDS sterben und sich angesteckt haben, junge Leute sind – viele im Alter zwischen 16 und 37 Jahren. Diese jungen Menschen sollten eigentlich die Zukunft unseres Landes sein. Die Jugend in Simbabwe ist besonders für HIV/AIDS anfällig, da die Krankheit durch sexuelle Kontakte übertragen wird, und die jungen Leute in einer von westlichen Werten geprägten Kultur leben, die das Ausprobieren begünstigt. Viele junge Menschen haben zudem das Gefühl, daß die Zukunft für sie nichts mehr zu bieten hat. Es gibt wenig Arbeitsplätze, Ausbildung ist

teuer geworden und die Gesundheitsdienste sind unerschwinglich. Es kommt vor, daß jüngere Frauen sich der Prostitution hingeben müssen, um überleben zu können. Die Einführung von Sexualerziehung in Schulen und Jugendgruppen, auch in unseren Kirchen, ist dringend geboten. Es ist verständlich, daß einige Eltern und auch die Kirchen diesem Erfordernis sehr zögerlich gegenüberstehen. Einige erwachsene Christen - Eltern und Lehrer - mögen einwenden, daß es in ihrer Jugend eine solche Erziehung nicht gab. Das mag zutreffen. Doch müssen wir wahrnehmen, daß sich die Welt von heute doch sehr von früher unterscheidet. Die Jugend erlebt die heutige Welt mit ihren laxen moralischen Standards, Armut, zerbrochenen Familien, Arbeitslosigkeit, Partnerwechsel und speziell der schrecklichen Geißel von HIV/AIDS. Darüber muß gesprochen werden. Fragen sollen gestellt werden. Die Art der Fragen und Antworten wirkt sich aus auf unser Verständnis von Leben und Liebe. Wieviel Information über Sexualität kann Jugend in einem bestimmten Alter begreifen? Wie soll diese Information mitgeteilt werden? Handelt es sich nur um neutrale Tatsachen oder sind diese Fakten verknüpft mit lebensfördernden Werten? Wie läßt sich dem Ruf nach „safe Sex“ und dem Gebrauch von Kondomen angesichts von HIV bzw. AIDS eine richtige Antwort finden? Wie sicher sind Kondome? Können sie mit einem bestimmten Level von „Sicherheit“ auch Promiskuität unter unserer Jugend fördern? Ist die Vermeidung einer lebensbedrohlichen Erkrankung ein Hauptkriterium für Sex oder ist Sexualität eingebettet in eine eheliche lebenslange Verbindung zweier Menschen in Wahrhaftigkeit und Liebe? Wenn das Letztere gilt, wie bereiten wir die Jugend auf diese Verbindung vor? Es gibt viel Gespräche sowohl seitens der Erziehungs- und Gesundheitsbehörden als auch seitens der Kirche über „keinen Sex vor der Ehe und lebenslange Treue zu einem Partner“. Wie ernst nehmen wir diese Botschaft? Es gibt keine leichten Antworten auf diese und andere Fragen. Wir müssen uns alle mit ihnen intensiv abgeben, wenn wir aufrichtig und integer sein wollen. Der christliche Glaube tritt für die höchsten Werte ein – Wahrheit, Würde, Selbstachtung und Achtung vor anderen. Wenn wir diese Werte in unser Leben integrieren, wird unser Leben erneuert. Das könnte unsere jungen Leute, unsere Zukunft retten. Die Kirche sollte vorangehen und dazu beitragen, daß die bereits mit Aids infizierten Menschen mit Fürsorge und Liebe behandelt werden, und nicht ausgestoßen am Arbeitsplatz, zuhause oder in der Gemeinschaft. Sie sind krank und sollten nicht verdammt werden wegen ihres Leidens.

Jugend und Ausbildung Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Land, mit schätzungsweise 300 000 Schulabgängern im Jahr, steigt stetig an. Der Arbeitsmarkt kann nur 10 000 Arbeitsplätze pro Jahr zur Verfügung stellen. Jugendliche, die keine Arbeitserfahrung haben, finden nur sehr schwer eine Arbeit. Selbst wenn sie die Mittlere Reife oder das Abitur haben, finden die meisten jungen Menschen keine Anstellung. Auf dem Land ist die Situation noch schlimmer, da es keine weiterführenden Ausbildungsstätten gibt, wie z.B. Hochschulen für Lehrer, Technische Colleges und Universitäten, und weil die meisten Eltern die Studiengebühr nicht bezahlen können. Unser Erziehungssystem muß revidiert werden, damit es Anforderungen von heute entspricht. Die Studenten sollten ermutigt werden, kritisch zu denken und Selbstbewußtsein gewinnen, damit sie Arbeit finden oder eigene, lebensfähige Projekte starten können. Sie brauchen praktische Fähigkeiten und Arbeitserfahrung. Die Einführung technischer Schulen könnte viele dieser Probleme auffangen. Es ist anerkanntermaßen schwierig für Studenten, ein Unternehmen zu gründen, da die Finanzinstitute Sicherheiten in Form von Vermögenswerten verlangen. Das führt dazu, daß einige junge Leute sich dieses Startkapital mit unlauteren Mitteln besorgen. Es steht zu befürchten, daß die Selbstmordrate unter Jugendlichen steigen wird, da sie die von den Eltern in sie

gesetzten Erwartungen nicht erfüllen können, nämlich die Erziehung jüngerer Geschwister mitzutragen oder die Eltern im Alter zu unterstützen. Regierung, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen müssen ihren Teil dazu beitragen, die Jugend durch Bildungs- und Informationsprogramme zu stärken, so daß ihnen realisierbare Möglichkeiten offen stehen. Die Regierung muß sich intensiv mit dem Thema Arbeitsplatzschaffung und Ausbildung auseinandersetzen. Gelder aus dem Staatshaushalt sollten vorrangig für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für Darlehen für Studenten und junge Leute eingesetzt werden. Es ist dringend erforderlich, daß praktische, handwerkliche Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden, so daß die jungen Menschen an unternehmerischen Tätigkeiten und Entwicklungsprogrammen teilnehmen können. Diese praktische Ausbildung sollte in Curricula von technischen Schulen oder Programmen integriert sein und auch Schulabgängern zugänglich sein. Berufsschulen müssen allen offen stehen und nicht nur jenen, die für ein hohes Schulgeld aufkommen können.

SCHLUSSFOLGERUNG

Es ist klar: Dieses Dokument ist nichts Endgültiges. Wir werden nicht alle damit übereinstimmen. Wir hoffen, daß es Diskussion, Debatten, Nachdenken und Gebet anregt, vor allem aber daß es zum Handeln führt. Wir laden alle engagierten Christen ein, die aufgeführten Anliegen aufzugreifen, mehr Untersuchungen anzustellen, die angesprochenen Themen weiter zu entwickeln oder sie zu kritisieren, auf die Bibel mit den Fragen aus den Krisen unserer Zeit zurückzukommen, so wie wir es versucht haben. Wir haben so lange gekämpft, um unsere Nation aufzubauen. Wir haben geschätzte Traditionen übernommen. Wir haben Leitungspersonen ausgesucht, die uns repräsentieren. Gemeinsam müssen wir nun arbeiten für eine gerechte und friedliche Zukunft. Wir dürfen nicht zögern. Wir können uns nicht abwenden, weil die Probleme zu groß sind, zu sehr mit dem gesamten System verquickt, zu gefährlich. Jetzt ist die Zeit gekommen, uns selbst kritisch zu betrachten, das anzuerkennen, was wir erreicht haben und unsere Versäumnisse wahrzunehmen und zu korrigieren. Wir haben mit der Reflexion und der Analyse begonnen. Jetzt heißt es handeln. Nicht alle Ziele sind über Nacht zu erreichen. Für viele wird es lange Zeit brauchen, bis sie durch unsere Gesellschaft und Kultur verinnerlicht werden. Angesichts der moralischen Kraft der Kirche und der Geistlichen, die unsere Vision und unsere Prinzipien mittragen, sind wir zuversichtlich, daß wir in Simbabwe "good governance" erreichen können. Das wird allerdings nicht einfach von der Regierung her kommen. Wir alle tragen dazu bei, in dem wir unsere Leitungspersonlichkeiten anspornen und sie in ihrem Tun unterstützen. Jetzt ist der Augenblick gekommen, einen Wandel herbeizuführen. Laßt uns den Aufbruch in das Jubeljahr 2000 wagen.